Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7625**

18. Wahlperiode 22.02.2016

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Frank Tempel, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/7248 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2015

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die in der medialen Berichterstattung zumeist nur wenig Beachtung finden. So ist kaum bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt, als die offiziellen Zahlen vermuten lassen (vgl. hierzu und zum Folgenden die Bundestagsdrucksache 18/3850). Die so genannte bereinigte Schutzquote, bei der rein formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2014 bei 48,5 Prozent – und das, obwohl Flüchtlinge z. B. aus Serbien, Bosnien oder Mazedonien zu beinahe 100 Prozent abgelehnt wurden. Hinzu kommen noch Anerkennungen, die von den Gerichten ausgesprochen werden: Im Jahr 2014 erwiesen sich mehr als 10 Prozent aller Klagen gegen ablehnende Asylbescheide als begründet, rund 23 Prozent wurden abgewiesen, zwei Drittel der Gerichtsverfahren wurden aus unterschiedlichen Gründen eingestellt. Im Ergebnis führte somit weit mehr als jeder zweite inhaltlich geprüfte Asylantrag zu einem Schutzstatus in Deutschland.

Bei einem Fünftel aller Asylsuchenden stellte das BAMF im Jahr 2014 ein Rückübernahmeersuchen nach der Dublin-Verordnung der Europäischen Union (EU). Im Jahr 2013 lag dieser Anteil bei einem Drittel. Es gibt eine steigende Zahl von Flüchtlingen, deren Schutzbedürftigkeit im EU-Asylsystem zwar festgestellt wurde, die aber faktisch rechtlos sind, weil sie sich – zumeist aus guten Gründen – nicht im formal zuständigen Mitgliedstaat aufhalten. Selbst der damalige Präsident des BAMF, Dr. Manfred Schmidt, erklärte: „Das Schlimmste, was ihnen heute passieren könnte, wäre, anerkannter Flüchtling in Italien zu werden“, da dort „selbst Familien mit Kleinkindern unter Brücken schlafen“ müssten (Fränkische Landeszeitung vom 20. Januar 2015).

Die Zahl der Asylsuchenden, die über Griechenland nach Deutschland einreisen, ist seit dem Überstellungsstopp wegen der dortigen systemischen Mängel im Asylsystem im Jahr 2011 über Jahre weitgehend stabil geblieben, 2014 brach die Zahl um 60 Prozent auf nur noch 1 519 Personen ein (Vorjahr: 3 879 Personen). Der zuvor beschworene „Pull-Effekt“ durch die Aussetzung von Überstellungen nach Griechenland ist somit nicht eingetreten. Übernahmeersuchen wurden im Jahr 2014 vor allem an Italien gerichtet (25,9 Prozent), danach folgten

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 19. Februar 2016 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Bulgarien (12,5 Prozent) und Ungarn (11,1 Prozent). Syrische Flüchtlinge stellen dabei mit 15,1 Prozent die größte Betroffenengruppe. Den insgesamt 35 115 Ersuchen im Jahr 2014 standen nur 4 772 tatsächliche Überstellungen gegenüber, das sind gerade einmal 13,6 Prozent. Gemessen an den Zustimmungen der anderen EU-Mitgliedstaaten zur Rückübernahme (27 157) betrug die so genannte Überstellungsquote 17,6 Prozent (Italien: 9,7 Prozent). Viele Betroffene wehren sich wegen erheblicher Mängel in den Asylsystemen anderer Mitgliedstaaten oder aufgrund individueller Umstände erfolgreich auf gerichtlichem Weg gegen eine Überstellung. Manche tauchen im Zweifelsfall lieber unter, als sich gegen ihren Willen in ein Land überstellen zu lassen, in dem sie ein unfaires Asylverfahren, unwürdige Lebensbedingungen, Obdachlosigkeit oder eine Inhaftierung fürchten müssen. Das Dublin-System produziert nach Auffassung der Fragesteller auf diese Weise eine große Zahl von illegalisierten Flüchtlingen und erreicht nicht sein vorgebliches Ziel, allen Asylsuchenden in der EU ein faires Asylverfahren zu bieten. Innerhalb des BAMF werden für Dublin-Verfahren Personalressourcen gebunden, die nach Auffassung der Fragesteller weitaus sinnvoller in der regulären Asylprüfung eingesetzt werden könnten. Eine reale Verteilungswirkung ist mit dem Dublin-System für Deutschland kaum verbunden: Obwohl die immer komplexeren Dublin-Verfahren das BAMF und die Gerichte zunehmend beschäftigen, reduzierte sich die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland durch Dublin-Überstellungen im Jahr 2014 im Saldo um gerade einmal 2 500 Personen – also ein Prozent der etwa 200 000 im selben Jahr gestellten Asylanträge.

Eine Möglichkeit zur Einsparung von Arbeitskapazitäten im BAMF wäre der Verzicht auf massenhafte Widerrufsverfahren – in der EU sieht nur Deutschland obligatorische Widerrufsprüfungen drei Jahre nach der Anerkennung ohne konkreten Anlass vor. Im Jahr 2014 kam es bei 16 061 Prüfverfahren nur in jedem 20. Fall zu einer Aberkennung eines Flüchtlingsstatus, wobei diese Widerrufe bei einer gerichtlichen Überprüfung wiederum nur zu einem Drittel Bestand hatten. Für die Betroffenen – politisch verfolgte und häufig traumatisierte Flüchtlinge – sind diese Verfahren sehr belastend.

Ein behördliches Asylverfahren in Deutschland dauerte im Jahr 2014 im Durchschnitt 7,1 Monate. Bei bestimmten Herkunftsländern mit geringen Anerkennungsquoten ist die Verfahrensdauer infolge von Beschleunigungsmaßnahmen deutlich kürzer. Umso länger dauern die Verfahren jedoch bei zahlreichen Flüchtlingen mit guten Anerkennungschancen. Im Jahr 2014 mussten etwa Asylsuchende aus Afghanistan, Pakistan und dem Iran 14 bis 16 Monate auf eine Behördenentscheidung warten. Werden Dublin-Verfahren, Folgeverfahren und priorisierte Schnellverfahren nicht berücksichtigt, ergibt sich eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer im regulären Asylverfahren von 13,1 Monaten. Immer länger dauert auch die Zeit vom ersten Asylgesuch bis zur Asylantragstellung, die bei den offiziellen Angaben zur durchschnittlichen Asylverfahrensdauer nicht berücksichtigt wird, doch die Bundesregierung will oder kann hierzu keine konkreten Angaben machen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/5785, Antwort zu Frage 4d), bei einzelnen BAMF-Außenstellen sind es mehrere Monate (vgl. Plenarprotokoll 18/142, S. 13922 f., Anlage 13).

Vom umstrittenen Asyl-Flughafenverfahren waren im Jahr 2014 643 Asylsuchende betroffen, unter ihnen 178 syrische und 96 afghanische Flüchtlinge sowie 18 unbegleitete Minderjährige. Im Ergebnis wurde 56 dieser Asylsuchenden nach einer Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“ die Einreise im Rechtssinne verweigert – wie viele von ihnen tatsächlich ausreisten oder abgeschoben wurden oder in Deutschland verbleiben konnten, ist nicht bekannt.

31,8 Prozent aller Asylsuchenden in Deutschland im Jahr 2014 waren Kinder. 2,6 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, bei denen die bereinigte Gesamtschutzquote zwischen 66,4 und 81,1 Prozent betrug. Ausgerechnet die Asylverfahren unbegleiteter Minderjähriger dauerten im Jahr 2014 mit durchschnittlich 10,4 Monaten besonders lange.

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes – GG –, nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG – und in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention – GFK –, subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im vierten Quartal 2015, im Gesamtjahr 2015, und wie lauten die Vergleichswerte des Vorjahres (bitte in absoluten Zahlen und in Prozent angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG/GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung, internationaler Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz, nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen)?

   b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht rein formelle (Nicht-)Entscheidungen (bitte wie in Frage 1a differenzieren)?

Die Fragen 1a und 1b werden gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2015	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	in %
Herkunftsländer gesamt	453	0,4	70.967	64,4	522	0,5	668	0,6	72.610	65,9	74,7
davon											
Syrien	183	0,3	56.252	98,6	8	0,0	82	0,1	56.525	99,1	100,0
Afghanistan	12	0,7	489	27,2	104	5,8	281	15,6	886	49,3	73,9
Irak	92	1,6	4.640	82,2	138	2,4	29	0,5	4.899	86,8	98,2
Albanien	-	-	4	0,0	17	0,1	18	0,1	39	0,3	0,3
Ungeklärt	3	0,2	1.290	89,0	3	0,2	8	0,6	1.304	90,0	93,7
Eritrea	30	0,5	5.949	95,5	50	0,8	7	0,1	6.036	96,9	99,8
Pakistan	2	0,3	36	4,9	-	-	7	1,0	45	6,2	10,6
Iran	55	7,5	333	45,6	8	1,1	8	1,1	404	55,3	78,8
Serbien	-	-	1	0,0	-	-	5	0,1	6	0,1	0,2
Staatenlos	1	0,1	771	97,5	-	-	-	-	772	97,6	99,5
Mazedonien	-	-	6	0,3	1	0,0	5	0,2	12	0,5	0,8
Kosovo	-	-	6	0,2	3	0,1	25	0,7	34	1,0	1,2
Russische Föderation	3	0,2	49	3,3	14	0,9	28	1,9	94	6,3	28,3
sonst. asiat. Staatsang.	-	-	699	87,2	3	0,4	2	0,2	704	87,8	93,5
Ukraine	-	-	11	3,7	-	-	-	-	11	3,7	25,0

Gesamt 2015	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	in %
Herkunftsländer gesamt	2.029	0,7	135.107	47,8	1.707	0,6	2.072	0,7	140.915	49,8	60,6
davon											
Syrien	1.167	1,1	99.970	94,7	61	0,1	221	0,2	101.419	96,0	100,0
Albanien	-	-	7	0,0	33	0,1	36	0,1	76	0,2	0,2
Kosovo	-	-	13	0,0	22	0,1	97	0,3	132	0,4	0,5
Afghanistan	48	0,8	1.660	27,8	325	5,4	809	13,6	2.842	47,6	77,6
Irak	157	0,9	14.353	85,5	289	1,7	81	0,5	14.880	88,6	99,1
Serbien	-	-	4	0,0	-	-	22	0,1	26	0,1	0,2
Ungeklärt	35	0,8	3.256	78,9	5	0,1	13	0,3	3.309	80,2	90,4
Eritrea	44	0,4	8.870	87,8	347	3,4	39	0,4	9.300	92,1	99,6
Mazedonien	-	-	23	0,3	1	0,0	20	0,2	44	0,5	0,8
Pakistan	4	0,2	158	7,8	11	0,5	24	1,2	197	9,8	18,9
Iran	208	7,8	1.325	49,7	29	1,1	25	0,9	1.587	59,6	85,1
Russische Föderation	9	0,2	185	3,8	71	1,5	138	2,9	403	8,3	30,5
Nigeria	7	0,6	25	2,2	7	0,6	37	3,2	76	6,6	29,5
Somalia	-	-	434	21,3	265	13,0	110	5,4	809	39,7	81,6
Bosnien-Herzeg.	-	-	1	0,0	-	-	12	0,2	13	0,2	0,4

4. Quartal 2014	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	in %
Herkunftsländer gesamt	823	1,9	13.053	30,3	456	1,1	577	1,3	14.909	34,6	49,4
davon											
Syrien	592	5,2	9.276	81,7	165	1,5	41	0, 4	10.074	88,7	100,0
Serbien	-	-	-	-	4	0,0	10	0,1	14	0,1	0,2
Kosovo	-	-	-	-	-	-	5	0,5	5	0,5	1,2
Eritrea	5	1,4	165	47,4	37	10,6	8	2,3	215	61,8	97,7
Afghanistan	21	1,3	413	24,7	57	3,4	277	16,6	768	46,0	70,0
Albanien	-	-	2	0,3	11	1,6	-	-	13	1,9	2,6

4. Quartal 2014	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	in %
Irak	36	2,1	1.441	85,5	27	1,6	11	0,7	1.515	89,9	99,4
Bosnien- Herzegowina	-	-	-	-	-	-	6	0,2	6	0,2	0,3
Ukraine	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Mazedonien	-	-	-	-	-	-	7	0,2	7	0,2	0,3
Ungeklärt	5	0,7	477	68,6	5	0,7	15	2,2	502	72,2	90,8
Somalia	-	-	101	14,7	56	8,2	40	5,8	197	28,7	76,4
Nigeria	1	0,3	29	9,1	4	1,3	7	2,2	41	12,9	42,7
Pakistan	1	0,1	111	14,2	6	0,8	2	0,3	120	15,3	22,6
Russische Föderation	3	0,2	52	4,1	18	1,4	28	2,2	101	8,0	22,2

Gesamt 2014	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	in %
Herkunftsländer gesamt	2.285	1,8	31.025	24,1	5.174	4,0	2.079	1,6	40.563	31,5	48,5
davon											
Syrien	1.489	5,6	19.018	71,2	3.246	12,2	106	0,4	23.859	89,3	99,9
Serbien	-	-	1	0,0	17	0,1	25	0,1	43	0,2	0,3
Eritrea	36	2,0	709	39,5	210	11,7	36	2,0	991	55,2	98,4
Afghanistan	87	1,2	1.939	26,6	355	4,9	1.022	14,0	3.403	46,7	68,4
Albanien	-	-	9	0,3	43	1,2	25	0,7	77	2,2	2,6
Kosovo	-	-	4	0,1	1	0,0	35	0,9	40	1,1	2,2
Bosnien-Herzegowina	-	-	-	-	2	0,0	15	0,2	17	0,3	0,4
Mazedonien	-	-	2	0,0	5	0,1	15	0,2	22	0,3	0,4
Somalia	4	0,1	518	14,9	222	6,4	125	3,6	869	25,0	74,1
Irak	60	1,3	3.161	69,0	99	2,2	69	1,5	3.389	73,9	88,7
Russische Föderation	4	0,1	195	3,0	94	1,5	129	2,0	422	6,5	23,9
Pakistan	18	0,6	513	16,9	15	0,5	20	0,7	566	18,6	28,4

Gesamt 2014	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	in %
Nigeria	1	0,1	50	4,0	27	2,1	25	2,0	103	8,1	31,0
Ungeklärt	22	1,1	1.111	53,3	259	12,4	21	1,0	1.413	67,8	81,9
Iran	256	6,2	1.781	43,3	58	1,4	32	0,8	2.127	51,8	73,7

4.Quartal 2015			Quote zu Frage 1b
	absolut	in Prozent	
Asylberechtigung	453	0,4	0,5
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	70.967	64,4	73,0
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	11	0,0	0,0
§ 4 I Nr. 2 AsylG	275	0,2	0,3
§ 4 I Nr. 3 AsylG	197	0,2	0,2
§ 4 I AsylG Familienschutz	39	0,0	0,0
Summe subsidiärer Schutz	522	0,5	0,5
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	447	0,4	0,5
§ 60 VII AufenthG	221	0,2	0,2
Summe Abschiebungsverbot	668	0,6	0,7
Gesamtschutz	72.610	65,9	74,7

Gesamt 2015			Quote zu Frage 1b
	absolut	in Prozent	
Asylberechtigung	2.029	0,7	0,9
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	135.107	47,8	58,1
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	27	0,0	0,0
§ 4 I Nr. 2 AsylG	955	0,3	0,4
§ 4 I Nr. 3 AsylG	527	0,2	0,2
§ 4 I AsylG Familienschutz	198	0,1	0,1
Summe subsidiärer Schutz	1.707	0,6	0,7
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	1.421	0,5	0,6
§ 60 VII AufenthG	651	0,2	0,3
Summe Abschiebungsverbot	2.072	0,7	0,9
Gesamtschutz	140.915	49,8	60,6

Gesamt 2014			Quote zu Frage 1b
	absolut	in Prozent	
Asylberechtigung	2.285	1,8	2,7
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	31.025	24,1	37,1
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	79	0,1	0,1
§ 4 I Nr. 2 AsylG	1.609	1,2	1,9
§ 4 I Nr. 3 AsylG	3.142	2,4	3,8
§ 4 I AsylG Familienschutz	344	0,3	0,4
Summe subsidiärer Schutz	5.174	4,0	6,2
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	987	0,8	1,2
§ 60 VII AufenthG	1.092	0,8	1,3
Summe Abschiebungsverbot	2.079	1,6	2,5
Gesamtschutz	40.563	31,5	48,5

4.Quartal 2014			Quote zu Frage 1b
	absolut	in Prozent	
Asylberechtigung	823	1,9	2,7
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	13.053	30,3	43,2
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	13	0,0	0,0
§ 4 I Nr. 2 AsylG	187	0,4	0,6
§ 4 I Nr. 3 AsylG	216	0,5	0,7
§ 4 I AsylG Familienschutz	40	0,1	0,1
Summe subsidiärer Schutz	456	1,1	1,5
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	376	0,9	1,2
§ 60 VII AufenthG	201	0,5	0,7
Summe Abschiebungsverbot	577	1,3	1,9
Gesamtschutz	14.909	34,6	49,4

c) Wieso gibt das Bundesministerium des Innern (BMI) bei den monatlich veröffentlichten Asyl-Anerkennungsquoten neben der Gesamtschutzquote nicht zusätzlich auch die bereinigte Gesamtschutzquote an, die der Berechnungsweise des Statistischen Amts der EU – Eurostat –, das bei den Asylentscheidungen Verfahrenseinstellungen, Antragsrücknahmen und Entscheidungen im Dublin-Verfahren nicht berücksichtigt (vgl. Bundestagsdrucksache 18/5785, Antwort zu Frage 5c), entsprechen würde und die Auskunft darüber gibt, in welchem Ausmaß das BAMF Schutz gewährt, wenn inhaltlich über Asylgesuche entschieden wird – gehört dies nicht auch zur Darstellung des „Asylgeschehens als Teil des Migrationsgeschehens in Deutschland“ dazu (Nachfrage zur Antwort auf die Frage 1c auf Bundestagsdrucksache 18/6860)?

Die Fragesteller nehmen offenbar Bezug auf die monatlich vom Bundesministerium des Innern (BMI) veröffentlichten Pressemitteilungen zu den aktuellen Asylzahlen. Die in der Frage formulierte Annahme, dass in diesen Pressemitteilungen Gesamtschutzquoten genannt werden, trifft jedoch nicht zu, da diese im

Regelfall dort nicht genannt werden. Im Übrigen wird auf die ausführliche Antwort der Bundesregierung zu Frage 1c der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/6860 vom 30. November 2015 verwiesen.

2. Wie viele der Anerkennungen nach Artikel 16a GG bzw. nach § 60 Absatz 1 AufenthG/GFK im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen) beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben im Sinne der Frage werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können der folgenden Tabelle entnommen werden.

Für die Asylbewerber, deren Asylverfahren im schriftlichen Verfahren entschieden werden, werden diese Merkmale nicht erfasst.

4. Quartal 2015	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG	darunter: Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	darunter: staatliche Verfolgung	davon geschlechtsspez. Verfolgung	darunter: nichtstaatliche Verfolgung	davon geschlechtsspez. Verfolgung
	70.967	744	18.953	54	6.365	131
darunter:						
Syrien	56.252	162	15.062	37	3.852	6
Afghanistan	489	103	27	0	352	47
Irak	4.640	141	242	1	1.667	18
Albanien	4	1	0	0	3	0
Ungeklärt	1.290	9	519	1	92	0
Eritrea	5.949	87	2.237	4	44	0
Pakistan	36	4	1	0	31	2
Iran	333	55	261	2	7	2
Serbien	1	1	0	0	0	0
Staatenlos	771	3	241	0	50	0
Mazedonien	6	0	0	0	5	1
Kosovo	6	0	0	0	6	1
Russische Föd.	49	11	33	1	5	1
sonst. asiat. Sta.	699	6	272	0	56	1
Ukraine	11	8	3	0	0	0

Gesamt 2015	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG	darunter: Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung	davon geschlechtsspez. Verfolgung	nichtstaatliche Verfolgung	davon geschlechtsspez. Verfolgung
	135.107	2.974	38.965	784	16.342	464
darunter:						
Syrien	99.970	687	29.151	527	7.291	57
Albanien	7	2	0	0	5	0
Kosovo	13	4	0	0	9	3
Afghanistan	1.660	376	129	9	1.136	111
Irak	14.353	786	589	135	6.638	96
Serbien	4	1	0	0	3	0
Ungeklärt	3.256	66	1.689	17	190	1
Eritrea	8.870	197	4.713	30	74	4
Mazedonien	23	3	0	0	19	9
Pakistan	158	31	8	0	119	5
Iran	1.325	183	1.101	20	27	9
Russische Föd.	185	70	104	3	11	6
Nigeria	25	10	2	1	13	9
Somalia	434	204	4	0	216	79
Bosnien-Herzeg.	1	1	0	0	0	0

4. Quartal 2014	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG	darunter: Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung	davon geschlechtsspez. Verfolgung	nichtstaatliche Verfolgung	davon geschlechtsspez. Verfolgung
	13.053	579	7.826	104	2.925	122
darunter:						
Syrien	9.276	128	6.474	67	1.130	6
Serbien	0	0	0	0	0	0
Kosovo	0	0	0	0	0	0
Eritrea	165	11	149	10	4	0
Afghanistan	413	115	28	5	268	30
Albanien	2	0	0	0	2	0
Irak	1.441	130	49	4	1.144	8
Bosnien-Herzeg.	0	0	0	0	0	0

4. Quartal 2014	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG	darunter: Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung	davon geschlechtsspez. Verfolgung	nichtstaatliche Verfolgung	davon geschlechtsspez. Verfolgung
Ukraine	0	0	0	0	0	0
Mazedonien	0	0	0	0	0	0
Ungeklärt	477	6	399	2	68	0
Somalia	101	32	2	2	66	32
Nigeria	29	6	0	0	23	17
Pakistan	111	19	4	3	88	12
Russische Föd.	52	16	30	1	5	1

Gesamt 2014	**Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG**	**darunter: Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG**	**staatliche Verfolgung**	**davon geschlechtsspez. Verfolgung**	**nichtstaatliche Verfolgung**	**davon geschlechtsspez. Verfolgung**
	31.025	3.446	18.965	196	6.891	428
darunter:						
Syrien	19.018	827	14.303	97	2.344	14
Serbien	1	0	0	0	1	1
Eritrea	709	85	609	15	14	2
Afghanistan	1.939	430	168	11	1.339	139
Albanien	9	0	1	0	8	2
Kosovo	4	1	0	0	3	2
Bosnien-Herzeg.	0	0	0	0	0	0
Mazedonien	2	0	0	0	2	1
Somalia	518	271	2	2	244	109
Irak	3.161	1.038	107	14	1.898	29
Russische Föd.	195	97	81	3	16	6
Pakistan	513	68	36	6	409	13
Nigeria	50	11	0	0	39	28
Ungeklärt	1.111	61	940	2	106	0
Iran	1.781	258	1.477	31	45	5

3. Wie viele Widerrufsverfahren wurden im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen) eingeleitet (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele Entscheidungen in Widerrufsverfahren mit welchem Ergebnis gab es in diesen Zeiträumen (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2015	**eingeleitete Widerrufsprüfverfahren**	**Entscheidungen insgesamt**	**Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG**		**Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingseigenschaft**		**Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz**		**kein Widerruf/ Keine Rücknahme**	
			absolut	**in Prozent**	**absolut**	**in Prozent**	**absolut**	**in Prozent**	**absolut**	**in Prozent**
Herkunftsländer gesamt	559	708	17	2,4	24	3,4	6	0,8	661	93,4
Irak	153	174	1	0,6	1	0,6	-	-	172	98,9
Syrien	92	78	-	-	1	1,3	-	-	77	98,7
Türkei	83	95	5	5,3	3	3,2	1	1,1	86	90,5
Afghanistan	40	79	-	-	2	2,5	-	-	77	97,5
Kosovo	22	20	3	15,0	-	-	2	10,0	15	75,0
Russische Föd.	18	34	1	2,9	1	2,9	-	-	32	94,1
Ungeklärt	16	16	-	-	-	-	-	-	16	100,0
Vietnam	14	5	1	20,0	2	40,0	-	-	2	40,0
Iran	13	62	4	6,5	8	12,9	-	-	50	80,6
Äthiopien	9	6	-	-	-	-	1	16,7	5	83,3
Pakistan	9	20	-	-	-	-	-	-	20	100,0
Serbien	8	6	-	-	-	-	1	16,7	5	83,3

Jahr 2015	**eingeleitete Widerrufsprüfverfahren**	**Entscheidungen insgesamt**	**Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG**		**Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingseigenschaft**		**Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz**		**kein Widerruf/ Keine Rücknahme**	
			absolut	**in Prozent**	**absolut**	**in Prozent**	**absolut**	**in Prozent**	**absolut**	**in Prozent**
Herkunftsländer gesamt	8.302	9.894	140	1,4	101	1,0	62	0,6	9.591	96,9
Irak	1.941	2.347	3	0,1	4	0,2	-	-	2.340	99,7
Syrien	1.710	1.911	-	-	3	0,2	7	0,4	1.901	99,5
Iran	1.135	1.358	6	0,4	12	0,9	1	0,1	1.339	98,6
Afghanistan	878	1.086	-	-	5	0,5	7	0,6	1.074	98,9
Türkei	528	579	51	8,8	20	3,5	7	1,2	501	86,5
Pakistan	256	379	-	-	1	0,3	1	0,3	377	99,5
Russische Föd.	191	207	1	0,5	3	1,4	-	-	203	98,1
Somalia	185	251	-	-	1	0,4	-	-	250	99,6

Jahr 2015	eingeleitete Widerrufsprüfverfahren	Entscheidungen insgesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingseigenschaft		Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz		kein Widerruf/ Keine Rücknahme	
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Eritrea	168	242	-	-	2	0,8	-	-	240	99,2
Sri Lanka	133	151	2	1,3	4	2,6	5	3,3	140	92,7
Ungeklärt	118	152	1	0,7	1	0,7	3	2,0	147	96,7
Kosovo	114	128	34	26,6	5	3,9	8	6,3	81	63,3
Äthiopien	83	89	1	1,1	-	-	1	1,1	87	97,8
China	80	99	1	1,0	1	1,0	1	1,0	96	97,0
Staatenlos	75	108	-	-	-	-	-	-	108	100,0

4. Quartal 2014	eingeleitete Widerrufsprüfverfahren	Entscheidungen insgesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingseigenschaft		Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz		kein Widerruf/ Keine Rücknahme	
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Herkunftsländer gesamt	4.139	4.026	88	2,2	42	1,0	39	1,0	3.857	95,8
Irak	1.115	1.187	-	-	1	0,1	-	-	1.186	99,9
Iran	651	691	2	0,3	6	0,9	-	-	683	98,8
Syrien	572	401	-	-	1	0,2	-	-	400	99,8
Afghanistan	404	383	3	0,8	-	-	8	2,1	372	97,1
Pakistan	213	124	-	-	-	-	-	-	124	100,0
Türkei	209	240	19	7,9	3	1,3	3	1,3	215	89,6
Somalia	138	126	-	-	1	0,8	-	-	125	99,2
Eritrea	129	120	-	-	1	0,8	-	-	119	99,2
Russische Föd.	69	87	-	-	1	1,1	3	3,4	83	95,4
Sri Lanka	65	65	-	-	-	-	2	3,1	63	96,9
Ungeklärt	56	34	-	-	-	-	3	8,8	31	91,2
Staatenlos	51	15	-	-	-	-	-	-	15	100,0
Aserbaidschan	45	32	-	-	-	-	-	-	32	100,0
Äthiopien	44	52	-	-	1	1,9	-	-	51	98,1
Kosovo	42	102	49	48,0	14	13,7	7	6,9	32	31,4

Jahr 2014	**eingeleitete Widerrufsprüfverfahren**	**Entscheidungen insgesamt**	**Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG**		**Widerruf/ Rücknahme Flüchtlingseigenschaft**		**Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz**		**kein Widerruf/ Keine Rücknahme**	
			absolut	**in Prozent**	**absolut**	**in Prozent**	**absolut**	**in Prozent**	**absolut**	**in Prozent**
Herkunftsländer gesamt	12.527	16.061	357	2,2	257	1,6	154	1,0	15.293	95,2
Irak	3.716	4.098	5	0,1	70	1,7	2	0,0	4.021	98,1
Iran	1.901	2.549	9	0,4	20	0,8	5	0,2	2.515	98,7
Afghanistan	1.376	1.745	5	0,3	4	0,2	26	1,5	1.710	98,0
Syrien	1.174	1.134	8	0,7	24	2,1	2	0,2	1.100	97,0
Türkei	765	965	70	7,3	19	2,0	16	1,7	860	89,1
Somalia	476	657	1	0,2	1	0,2	-	-	655	99,7
Pakistan	384	309	-	-	1	0,3	-	-	308	99,7
Eritrea	369	498	6	1,2	4	0,8	-	-	488	98,0
Russische Föd.	309	606	-	-	5	0,8	9	1,5	592	97,7
Kosovo	221	593	182	30,7	44	7,4	21	3,5	346	58,3
Sri Lanka	187	499	13	2,6	6	1,2	5	1,0	475	95,2
Äthiopien	181	246	5	2,0	1	0,4	1	0,4	239	97,2
Ungeklärt	123	127	2	1,6	3	2,4	5	3,9	117	92,1
Aserbaidschan	122	229	-	-	4	1,7	1	0,4	224	97,8
China	119	140	1	0,7	4	2,9	4	2,9	131	93,6

4. Wie lang war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen), wie lang war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung (d. h. inklusive eines Gerichtsverfahrens, soweit vorliegend), und wie lang war die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Erst- und Folgeanträgen differenzieren)?

Zahlen zur Verfahrensdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung liegen für das Jahr 2015 noch nicht vor. Die übrigen Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2015	
Herkunftsländer gesamt	5,1
darunter:	
Syrien	2,7
Afghanistan	14,9
Irak	5,8
Albanien	3,9
Ungeklärt	4,6
Eritrea	13,4
Pakistan	15,4
Iran	18,0

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2015	
Serbien	5,7
Staatenlos	3,7
Mazedonien	4,5
Kosovo	6,7
Russische Föderation	9,0
sonst. asiatische Staatsangehörige	5,0
Ukraine	5,9

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2015	
Gesamt	5,1
davon	
Erstanträge	5,0
Folgeanträge	6,8

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2015	
Herkunftsländer gesamt	5,2
darunter:	
Syrien	3,2
Albanien	3,2
Kosovo	3,1
Afghanistan	14,0
Irak	6,8
Serbien	4,2
Ungeklärt	5,1
Eritrea	13,3
Mazedonien	4,5
Pakistan	15,3
Iran	17,1
Russische Föderation	11,8
Nigeria	11,8
Somalia	13,6
Bosnien-Herzegowina	4,6

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2015	
Gesamt	5,2
davon	
Erstanträge	5,1
Folgeanträge	5,2

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2014	
Herkunftsländer gesamt	6,6
darunter:	
Syrien	3,6
Serbien	4,4

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2014	
Kosovo	4,1
Eritrea	8,5
Afghanistan	15,9
Albanien	4,9
Irak	9,4
Bosnien-Herzegowina	4,5
Ukraine	2,9
Mazedonien	6,3
Ungeklärt	5,2
Somalia	10,9
Nigeria	11,2
Pakistan	18,7
Russische Föderation	14,0

4. Quartal 2015	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Herkunftsländer gesamt	6,0
darunter:	
Syrien	4,0
Eritrea	9,6
Irak	4,4
Afghanistan	9,3
Ungeklärt	2,9
Somalia	13,9
Albanien	3,0
Staatenlos	5,0
sonstige asiatische Staatsangehörige	3,9
Kosovo	8,0
Mazedonien	2,6
Libanon	4,2
Serbien	8,3
Pakistan	10,7
Algerien	12,3

Jahr 2015	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Herkunftsländer gesamt	6,7
darunter:	
Syrien	4,4
Irak	4,8
Afghanistan	11,4
Eritrea	9,3
Ungeklärt	3,6
Somalia	15,1
Albanien	3,1
Kosovo	3,7
Staatenlos	4,8

Jahr 2015	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
sonstige asiatische Staatsangehörige	3,7
Serbien	5,9
Ägypten	10,7
Guinea	16,7
Äthiopien	14,2
Mazedonien	2,8

4. Quartal 2014	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Herkunftsländer gesamt	9,7
darunter:	
Syrien	5,7
Afghanistan	13,8
Eritrea	6,3
Irak	11,2
Somalia	11,9
Ungeklärt	7,5
Marokko	9,8
Serbien	5,3
Mazedonien	7,3
Algerien	5,4
Staatenlos	6,5
Äthiopien	21,7
Pakistan	25,1
Nigeria	18,8
Angola	32,3

Jahr 2014	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Herkunftsländer gesamt	10,4
darunter:	
Afghanistan	14,3
Syrien	5,5
Eritrea	6,3
Somalia	11,0
Irak	12,2
Ägypten	8,4
Marokko	6,5
Pakistan	17,5
Äthiopien	20,2
Serbien	4,8
Ungeklärt	7,5
Algerien	7,1
Guinea	14,4
Mazedonien	5,9
Iran	13,4

Es wird darauf hingewiesen, dass die Aussagekraft zur durchschnittlichen Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen aufgrund z. T. sehr geringer Fallzahlen begrenzt ist.

a) Wie lang war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Dublin-Verfahren (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zur durchschnittlichen Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Dublin-Verfahren nach Quartalen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4.Quartal 2015	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Dublin-Verfahren in Monaten**
Herkunftsländer gesamt	3,6
darunter:	
Syrien	2,9
Afghanistan	4,3
Irak	3,7
Ungeklärt	3,8
Eritrea	4,8
Pakistan	3,8
Iran	3,6
Staatenlos	4,3
Kosovo	3,6
Russische Föderation	2,7
sonstige asiatische Staatsangehörige	3,1
Ukraine	4,3
Somalia	5,1
Gambia	4,9
Bosnien-Herzegowina	2,9

Jahr 2015	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Dublin-Verfahren in Monaten**
Herkunftsländer gesamt	3,3
darunter:	
Syrien	2,9
Albanien	3,0
Kosovo	3,0
Afghanistan	3,4
Irak	3,5
Serbien	3,7
Ungeklärt	4,1
Eritrea	4,1
Mazedonien	19,4
Pakistan	3,7
Iran	3,7
Russische Föderation	2,9
Nigeria	3,6
Somalia	3,9
Bosnien-Herzegowina	3,8

4.Quartal 2014	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Dublin-Verfahren in Monaten**
Herkunftsländer gesamt	3,1
darunter:	
Syrien	2,8
Serbien	2,2
Kosovo	2,3
Eritrea	3,4
Afghanistan	3,0
Albanien	3,1
Irak	3,8
Bosnien-Herzegowina	3,7
Ukraine	2,4
Mazedonien	3,6
Ungeklärt	3,4
Somalia	4,6
Nigeria	3,4
Pakistan	3,4
Russische Föderation	2,8

Jahr 2014	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Dublin-Verfahren in Monaten**
Herkunftsländer gesamt	4,3
darunter:	
Syrien	3,5
Serbien	3,6
Eritrea	4,2
Afghanistan	3,9
Albanien	3,5
Kosovo	3,3
Bosnien-Herzegowina	4,0
Mazedonien	4,1
Somalia	5,0
Irak	4,3
Russische Föderation	4,3
Pakistan	4,7
Nigeria	5,2
Ungeklärt	3,6
Iran	4,4

b) Wie lang war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Asylverfahren, in denen kein Ersuchen nach der Dublin-Verordnung gestellt wurde (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4.Quartal 2015	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, in denen kein Ersuchen nach Dublin VO gestellt wurde in Monaten**
Herkunftsländer gesamt	5,1
darunter:	
Syrien	2,7
Afghanistan	19,2
Irak	6,0
Albanien	3,9
Ungeklärt	4,6
Eritrea	13,5
Pakistan	20,4
Iran	21,3
Serbien	5,7
Staatenlos	3,7
Mazedonien	4,5
Kosovo	6,7
Russische Föderation	18,7
sonstige asiatische Staatsangehörige	5,1
Ukraine	8,1

Jahr 2015	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, in denen kein Ersuchen nach Dublin VO gestellt wurde in Monaten**
Herkunftsländer gesamt	5,3
darunter:	
Syrien	3,2
Albanien	3,2
Kosovo	3,1
Afghanistan	19,1
Irak	7,1
Serbien	4,2
Ungeklärt	5,2
Eritrea	13,8
Mazedonien	4,4
Pakistan	21,6
Iran	20,5
Russische Föderation	19,8
Nigeria	22,4
Somalia	16,6
Bosnien-Herzegowina	4,6

4.Quartal 2015	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, in denen kein Ersuchen nach Dublin VO gestellt wurde in Monaten
Herkunftsländer gesamt	5,1
darunter:	
Syrien	2,7
Afghanistan	19,2
Irak	6,0
Albanien	3,9
Ungeklärt	4,6
Eritrea	13,5
Pakistan	20,4
Iran	21,3
Serbien	5,7
Staatenlos	3,7
Mazedonien	4,5
Kosovo	6,7
Russische Föderation	18,7
sonstige asiatische Staatsangehörige	5,1
Ukraine	8,1

Jahr 2014	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, in denen kein Ersuchen nach Dublin VO gestellt wurde in Monaten
Herkunftsländer gesamt	7,7
darunter:	
Syrien	4,3
Serbien	4,0
Eritrea	11,0
Afghanistan	17,7
Albanien	3,6
Kosovo	5,4
Bosnien und Herzegowina	3,9
Mazedonien	5,3
Somalia	13,8
Irak	10,4
Russische Föderation	16,0
Pakistan	20,1
Nigeria	17,4
Ungeklärt	6,7
Iran	17,7

c) Wie lang war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung, wenn Dublin-Verfahren, Folgeverfahren und die priorisierten Länder herausgerechnet werden (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben ohne Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Kosovo, Eritrea, Syrien und Irak sowie ohne Dublin- und Folgeverfahren können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2015	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung ohne Dublin- u. Folgeverfahren sowie ohne priorisierte Länder in Monaten**
Herkunftsländer gesamt	14,7
darunter:	
Afghanistan	19,1
Ungeklärt	4,5
Pakistan	20,7
Iran	21,6
Staatenlos	3,6
Russische Föderation	19,6
sonstige asiatische Staatsangehörige	4,8
Ukraine	8,0
Somalia	19,5
Gambia	21,3
Äthiopien	20,1
Libanon	14,6
Nigeria	25,9
Georgien	14,4
Indien	20,4

Jahr 2015	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung ohne Dublin- u. Folgeverfahren sowie ohne priorisierte Länder in Monaten**
Herkunftsländer gesamt	14,5
darunter:	
Afghanistan	19,1
Ungeklärt	5,1
Pakistan	22,1
Iran	21,0
Russische Föderation	18,9
Nigeria	22,7
Somalia	16,5
Ukraine	6,8
Staatenlos	4,1
sonstige asiatische Staatsangehörige	6,5
Gambia	22,0
Georgien	10,5
Äthiopien	18,4
Algerien	15,9
Armenien	16,4

4. Quartal 2014	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung ohne Dublin- u. Folgeverfahren sowie ohne priorisierte Länder in Monaten**
Herkunftsländer gesamt	16,8
darunter:	
Afghanistan	21,7
Ukraine	7,8
Ungeklärt	5,5
Somalia	14,0
Nigeria	22,6
Pakistan	24,1
Russische Föderation	21,4
Iran	21,9
Georgien	13,0
Armenien	14,4
sonstige asiatische Staatsangehörige	7,7
Staatenlos	5,0
Algerien	15,5
Gambia	24,2
Indien	15,4

Jahr 2014	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung ohne Dublin- u. Folgeverfahren sowie ohne priorisierte Länder in Monaten**
Herkunftsländer gesamt	14,8
darunter:	
Afghanistan	18,2
Somalia	13,4
Russische Föderation	15,6
Pakistan	20,3
Nigeria	17,7
Ungeklärt	6,8
Iran	18,1
Georgien	12,3
Ukraine	13,6
Algerien	13,4
Armenien	14,1
Gambia	20,1
sonstige asiatische Staatsangehörige	7,5
Indien	11,7
Türkei	14,6

d) Wie lang war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung, wenn nur Verfahren berücksichtigt werden, in denen es eine inhaltliche Asylanhörung gab (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

4. Quartal 2015	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren mit inhaltlicher Asylanhörung**
Gesamt	8,6
davon	
Afghanistan	20,6
Albanien	3,8
Eritrea	16,1
Irak	11,2
Iran	23,5
Kosovo	6,7
Mazedonien	4,4
Pakistan	22,0
Russische Föderation	25,1
Serbien	6,2
sonstige asiatische Staatsangehörige.	7,1
Staatenlos	12,1
Syrien	5,5
Ukraine	9,9
Ungeklärt	13,2

Jahr 2015	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren mit inhaltlicher Asylanhörung**
Gesamt	7,1
davon	
Afghanistan	20,5
Albanien	3,1
Bosnien-Herzegowina	4,9
Eritrea	15,6
Irak	12,9
Iran	22,5
Kosovo	2,7
Mazedonien	4,6
Nigeria	28,8
Pakistan	24,1
Russische Föderation	24,5
Serbien	4,3
Somalia	23,0
Syrien	6,2
Ungeklärt	10,4

4. Quartal 2014	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren mit inhaltlicher Asylanhörung**
Gesamt	9,7
davon	
Afghanistan	21,8
Albanien	5,5
Bosnien-Herzegowina	4,9
Eritrea	9,7
Irak	15,3
Kosovo	5,5
Mazedonien	7,0
Nigeria	24,5
Pakistan	25,3
Russische Föderation	24,1
Serbien	5,0
Somalia	20,3
Syrien	5,0
Ukraine	11,6
Ungeklärt	7,6

Jahr 2014	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren mit inhaltlicher Asylanhörung**
Gesamt	9,6
davon	
Afghanistan	17,8
Albanien	3,6
Bosnien-Herzegowina	4,2
Eritrea	11,1
Irak	15,5
Iran	17,6
Kosovo	5,3
Mazedonien	5,8
Nigeria	17,7
Pakistan	20,3
Russische Föderation	16,9
Serbien	4,3
Somalia	15,0
Syrien	5,0
Ungeklärt	7,7

e) Wie viele Personen wurden im EASY-System als Asylsuchende für das Jahr 2015 registriert, wie viele Asylantragsteller waren es im Vergleich hierzu (bitte beide Angaben auch nach Bundesländern, Monaten und den 15 wichtigsten Herkunftsländern – in jedem Fall den sechs Westbalkanländern – differenzieren)?

Angaben zu im EASY-System erfassten Asylsuchenden und zu formellen Asylanträgen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2015	**EASY-Zugänge**	**formelle Asylanträge**
Insgesamt	1.091.894	441.899
		davon
Baden-Württemberg	141.540	57.578
Bayern	159.765	67.639
Berlin	55.001	33.281
Brandenburg	33.659	18.661
Bremen	10.274	4.689
Hamburg	27.609	12.437
Hessen	79.788	27.239
Mecklenburg-Vorpommern	23.080	18.851
Niedersachsen	102.231	34.248
Nordrhein-Westfalen	231.878	66.758
Rheinland-Pfalz	52.846	17.625
Saarland	13.442	10.089
Sachsen	58.988	27.180
Sachsen-Anhalt	31.285	16.410
Schleswig-Holstein	38.365	15.572
Thüringen	32.143	13.455
Unbekannt	0	187

Jahr 2015	**EASY-Zugänge**	**formelle Asylanträge**
insgesamt	1.091.894	441.899
davon		
Syrien	428.648	158.657
Albanien	69.426	53.805
Kosovo	33.049	33.427
Afghanistan	154.046	31.382
Irak	121.662	29.784
Serbien	20.365	16.700
Ungeklärt	3.657	11.721
Eritrea	25.505	10.876
Mazedonien	14.004	9.083
Pakistan	28.392	8.199
Iran	29.826	5.394
Russische Föderation	9.056	5.257
Nigeria	11.825	5.207
Somalia	12.814	5.126
Bosnien-Herzegowina	6.275	4.634

Jahr 2015	**EASY-Zugänge**	**formelle Asylanträge**
insgesamt	1.091.894	441.899
davon		
Januar 2015	32.229	17.835
Februar 2015	38.892	17.580
März 2015	31.091	22.754
April 2015	33.150	19.199
Mai 2015	37.194	16.784
Juni 2015	53.721	20.512
Juli 2015	82.798	22.710
August 2015	104.460	16.769
September 2015	163.772	22.983
Oktober 2015	181.166	31.580
November 2015	206.101	35.422
Dezember 2015	127.320	43.227

f) Gibt es gegenüber der Antwort zu Frage 4f auf Bundestagsdrucksache 18/6860 eine geänderte Einschätzung zu der Frage, in welchem Umfang sich im EASY-System registrierte Asylsuchende später nicht als Asylantragsteller melden und den Gründen hierzu (bitte darlegen)?

Von den im Jahr 2015 im EASY-System (System zur Erstverteilung von Asylsuchenden) registrierten Asylbegehrenden sind mit Sachstand 31. Dezember 2015 rund 13 Prozent nicht in der Erstaufnahmeeinrichtung, die im Rahmen der Verteilung auf die Länder vorgesehen war, angekommen. In wie vielen Fällen es in der Folge zu der weiteren Entscheidung kommt, keinen Asylantrag zu stellen, ist jedoch nicht zu ermitteln. Denkbare Gründe hierfür könnten z. B. Rückreisen in das Heimatland, Weiterreisen in einen anderen Staat oder das Untertauchen in die Illegalität sein. Bezogen auf die Verteilung im Rahmen des EASY-Systems könnten auch Mehrfachanträge eine Rolle spielen. Eine Verifizierung ist hier aber bereits deshalb nicht möglich, da im EASY-System keine personenbezogenen Daten gespeichert werden.

g) Wie lang sind derzeit die von den einzelnen BAMF-Außenstellen eingeräumten Terminsetzungen zur Asylantragstellung (bitte bei den Außenstellen abfragen und nach Außenstellen differenziert und mit Angabe des jeweiligen Auskunftsdatums darstellen; soweit keine Termine zur Antragstellung vergeben werden, weil diese über drei Monate betragen würden, bitte auch dies kenntlich machen), und inwieweit sind vor dem Hintergrund zum Teil monatelanger Wartezeiten bis zur Asylantragstellung (vgl. Plenarprotokoll 18/142, S. 13923, Anlage 13) die Angaben des BAMF zu durchschnittlichen Asylverfahrensdauern, die diese Zeit unberücksichtigt lassen, überhaupt realistisch und aussagekräftig (bitte ausführen)?

Aufgrund des sehr hohen Zugangs im Jahr 2015 konnten Termine zur Antragstellung teilweise nur mit Verzögerung vergeben werden. In nahezu jeder Außenstelle des BAMF ist ein Rückstau bei den Terminierungen für die Antragstellung zu verzeichnen, weil die Anzahl der Asylsuchenden höher ist, als es die dreimonatige Ladungskapazität zulässt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat sich dazu entschlossen, zunächst Termine nur für drei Monate zu vergeben und dies mit den Landeseinrichtungen entsprechend zu kommunizieren. Bereits vergebene Termine bleiben davon unberührt. Der Personalaufbau im

BAMF wird dazu führen, dass ab dem ersten Quartal 2016 die Anträge zunehmend zeitnah angenommen werden können und damit künftig eine auf Monate hinausgehende Terminierung nicht mehr erforderlich sein wird. Die Asylsuchenden werden schriftlich zu einer Antragstellung eingeladen.

Die vom BAMF angegebene durchschnittliche Verfahrensdauer gibt die Bearbeitungsspanne vom Zeitpunkt der förmlichen Asylantragstellung beim BAMF bis zum zugestellten Bescheid wieder. Für diesen definierten Sachverhalt sind die Angaben des BAMF zu durchschnittlichen Asylverfahrensdauern realistisch und aussagekräftig.

h) Welche Verfahren werden derzeit prioritär bearbeitet, wie viele Asylverfahren wurden im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 prioritär bearbeitet (absolut bzw. anteilig an allen Verfahren, bitte auch nach den priorisierten Gruppen auflisten), und wie lang ist derzeit im Durchschnitt die ungefähre Dauer eines priorisierten Asylverfahrens?

Aktuell werden Asylanträge aus den Herkunftsländern des Westbalkan (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien) und Syrien, Eritrea sowie die Anträge von Antragstellern aus dem Irak, die religiösen Minderheiten angehören, prioritär bearbeitet. Weitere Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

HKL	**4. Quartal 2015**				**Jahr 2015**				
	Zugänge (EA u. FA)	**anteilig aller Zugänge**	**Entscheidungen (EA u. FA)**	**anteilig aller Zugänge**	**Zugänge (EA u. FA)**	**anteilig aller Zugänge**	**Entscheidungen (EA u. FA)**	**anteilig aller Zugänge**	**Verfahrensdauer -in Monaten- (EA u. FA)**
gesamt	160.970	-	110.229	-	476.649	-	282.726	-	5,2
gesamt priorisierte Verfahren	120.248	74,7 %	96.570	87,6 %	348.920	73,2 %	237.420	84,0 %	
davon									
Albanien	9.525	5,9 %	14.620	13,3 %	54.762	11,5 %	35.721	12,6 %	3,2
Bosn.-Herzeg.	1.369	0,9 %	1.610	1,5 %	7.473	1,6 %	6.500	2,3 %	4,6
Kosovo	1.867	1,2 %	3.556	3,2 %	37.095	7,8 %	29.801	10,5 %	3,1
Mazedonien	2.344	1,5 %	2.204	2,0 %	14.131	3,0 %	8.245	2,9 %	4,5
Montenegro	323	0,2 %	972	0,9 %	3.635	0,8 %	2.297	0,8 %	4,5
Serbien	3.691	2,3 %	4.694	4,3 %	26.945	5,7 %	22.341	7,9 %	4,2
Syrien	84.392	52,4 %	57.028	51,7 %	162.510	34,1 %	105.620	37,4 %	3,2
Irak	13.568	8,4 %	5.652	5,1 %	31.379	6,6 %	16.796	5,9 %	6,8
Eritrea**	3.169	2,0 %	6.234	5,7 %	10.990	2,3 %	10.099	3,6 %	13,3

Hinweis: Addition/Abgleich mit Vor(Monats)Listen ist wegen nachträglicher Veränderungen nicht möglich.

**Priorisierung erst seit Juli 2015

i) Wie lang war im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen) durchschnittlich die Dauer bis zur Anhörung der Asylsuchenden, wie lang die durchschnittliche Dauer nach der Anhörung bis zur behördlichen Entscheidung (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4.Quartal 2015	**Antragstellung bis Anhörung**	**Anhörung bis Entscheidung**
Gesamt	5,4	4,8
davon		
Afghanistan	8,2	11,8
Albanien	2,7	1,6
Eritrea	10,9	7,5
Irak	4,7	5,3
Iran	15,7	13,3
Kosovo	5,0	4,3
Mazedonien	2,1	3,2
Pakistan	10,2	12,6
Russische Föderation	17,3	14,6
Serbien	3,6	4,2
sonst. asiat. Staatsangeh.	3,2	5,1
Staatenlos	7,3	7,2
Syrien	3,0	2,9
Ukraine	5,8	5,1
Ungeklärt	6,5	7,8

Jahr 2015	**Antragstellung bis Anhörung**	**Anhörung bis Entscheidung**
Gesamt	3,9	4,2
davon		
Afghanistan	10,0	13,1
Albanien	1,7	1,7
Bosnien-Herzegowina	2,4	3,0
Eritrea	10,5	7,6
Irak	6,0	6,7
Iran	15,3	13,5
Kosovo	1,5	1,6
Mazedonien	1,9	3,0
Nigeria	20,6	15,1
Pakistan	13,7	13,3
Russische Föderation	15,0	16,1
Serbien	2,1	2,7
Somalia	15,1	12,9
Syrien	3,1	3,7
Ungeklärt	5,4	7,1

4.Quartal 2014	**Antragstellung bis Anhörung**	**Anhörung bis Entscheidung**
Gesamt	3,9	6,5
davon		
Afghanistan	7,6	15,4
Albanien	2,0	4,1
Bosnien-Herzegowina.	1,7	3,8

4.Quartal 2014	Antragstellung bis Anhörung	Anhörung bis Entscheidung
Eritrea	5,8	6,1
Irak	6,1	9,8
Kosovo	1,6	3,9
Mazedonien	2,1	5,6
Nigeria	17,4	17,6
Pakistan	16,7	14,3
Russische Föderation	14,8	17,2
Serbien	1,5	3,9
Somalia	10,7	9,8
Syrien	2,0	3,2
Ukraine	7,2	9,0
Ungeklärt	4,0	3,9

Jahr 2014	Antragstellung bis Anhörung	Anhörung bis Entscheidung
Gesamt	4,0	6,4
davon		
Afghanistan	8,1	12,6
Albanien	0,9	2,7
Bosnien-Herzegowina.	1,3	3,3
Eritrea	4,4	6,9
Irak	7,3	10,1
Iran	8,8	11,9
Kosovo	1,4	3,9
Mazedonien	1,7	4,5
Nigeria	13,1	11,5
Pakistan	13,4	12,2
Russische Föderation	9,9	11,2
Serbien	1,3	3,3
Somalia	8,4	7,5
Syrien	2,1	3,1
Ungeklärt	3,4	4,6

j) Wie hoch war im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr der Anteil rein schriftlicher Anerkennungsverfahren an allen Verfahren in Bezug auf die Herkunftsländer Syrien, Irak und Eritrea, wie lang dauerten diese Verfahren bei Antragstellung im Jahr 2015 durchschnittlich (bitte nach Herkunftsländern auflisten), und mit welchem zeitlichen, organisatorischen und personellen (bitte getrennt angeben) Mehraufwand rechnen fachkundige Bedienstete bzw. die Führungsspitze des BAMF infolge der Beendigung rein schriftlicher Anerkennungsverfahren zum 1. Januar 2016 – vor dem Hintergrund, dass schriftliche Anerkennungsverfahren bei syrischen Asylsuchenden vom 1. Januar bis 31. August 2015 2,3 Monate, Asylverfahren syrischer Asylsuchender mit inhaltlicher Asylanhörung im dritten Quartal hingegen 6,8 Monate, d. h. drei Mal so lang, dauerten (vgl. Bundestagsdrucksache 18/6860, Antworten zu den Fragen 4d und 4o; bitte ausführlich darstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	2015		4. Quartal 2015	
Herkunftsland	**Anteil schriftlicher Verfahren**	**durchschnittl. Bearbeitungsdauer**	**Anteil schriftlicher Verfahren**	**durchschnittl. Bearbeitungsdauer**
Eritrea	49,2%	3,9	69,4%	4,3
Irak	57,1%	3,7	72,6%	4,1
Syrien	86,5%	2,4	94,5%	2,3

Die bisherige Verfahrensdauer wird sich nach der Wiedereinführung der persönlichen Anhörung bei syrischen, eritreischen und irakischen (religiöse Minderheiten) Antragstellern aus Sicht des BAMF lediglich um die Dauer der Durchführung der Anhörung erhöhen, so dass eine Differenzierung hinsichtlich der Verfahrensdauer für die drei Herkunftsländer entbehrlich sein dürfte. Die Dauer der Anhörung wird abhängig vom jeweiligen Sachvortrag des einzelnen Antragstellers zwischen 40 bis 120 Minuten betragen. Diese Einschätzung setzt allerdings optimale Bedingungen für die Durchführung der Asylverfahren voraus. Dazu zählt zunächst die flächendeckende Einführung der im Modellprojekt Heidelberg laufenden Prozessabläufe in allen Bundesländern. Darüber hinaus ist eine an die Entwicklung der Zugangszahlen angepasste weitere Personaleinstellung und -qualifizierung erforderlich.

k) Nach welchem Kriterium wird entschieden, dass voraussichtlich eine positive Entscheidung erfolgt, so dass in Anhörungen auf Fragen zum Einreise- und Aufenthaltsverbot verzichtet wird (vgl. Bundestagsdrucksache 18/6860, Nachfrage zur Antwort auf die Frage 4p), und welchen anteiligen Umfang machen diese Verfahren in etwa aus?

Das Kriterium ergibt sich zum Teil aufgrund der Zugehörigkeit des Antragstellers zu einem bestimmten Herkunftsland. Antragsteller aus sehr unsicheren Herkunftsländern wie Syrien, Eritrea und Irak (religiöse Minderheiten) erhalten mit weit überwiegender Wahrscheinlichkeit Schutz (Anteil aller Schutzformen 2015 an den BAMF-Asylentscheidungen bei Syrien 96,0 Prozent, bei Eritrea 92,1 Prozent, bei Irak 88,6 Prozent). Bei anderen Herkunftsländern kommt es auf den individuellen Verlauf der Anhörung und den Angaben des Antragstellers an. Eine Aussage zum anteiligen Umfang dieser Verfahren ist nicht möglich, da dies statistisch nicht ausgewertet werden kann.

l) Wie viele beim BAMF anhängige Verfahren sind seit über 3, 6, 12, 18, 24 bzw. 36 Monaten anhängig (bitte auch nach den zehn am meisten betroffenen Herkunftsländern differenzieren), wie ist der aktuelle Stand der Bearbeitung von so genannten Altverfahren (seit 2013 bzw. früher anhängig) im BAMF (bitte im Detail darstellen), und müssten inzwischen nicht Verfahren, die seit dem Jahr 2014 und früher anhängig sind, als Altverfahren angesehen werden – und welche Einschätzungen gibt es dazu, in welchem Zeitraum diese lang andauernden Verfahren abgeschlossen werden können?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anhängige Verf. Stand: 31.12.2015	**unter 3 Monate**	**über 3 Monate**	**über 6 Monate**	**über 12 Monate**	**über 18 Monate**	**über 24 Monate**	**über 36 Monate**	**Insgesamt**
Gesamt	132.500	232.164	165.241	89.336	46.066	24.410	1.960	364.664

Anhängige Verf. Stand: 31.12.2015	**unter 3 Monate**	**über 3 Monate**	**über 6 Monate**	**über 12 Monate**	**über 18 Monate**	**über 24 Monate**	**über 36 Monate**	**Insgesamt**
davon								
Syrien	60.609	17.303	5.672	1.373	367	73	4	77.912
Afghanistan	14.556	24.367	16.135	9.659	5.901	3.406	252	38.923
Albanien	5.796	18.757	11.404	2.031	537	25		24.553
Irak	13.169	10.733	5.716	2.326	804	421	71	23.902
Serbien	2.810	14.434	10.030	3.780	798	212	12	17.244
Eritrea	3.069	12.962	10.133	7.684	2.167	496	3	16.031
Kosovo	1.680	12.655	10.415	2.038	385	131	8	14.335
Pakistan	3.083	10.500	8.217	5.893	4.071	2.721	382	13.583
Ungeklärt	6.421	4.507	2.761	1.485	558	245	20	10.928
Mazedonien	1.888	8.383	5.116	1.609	447	151	11	10.271

Anhängige Verfahren aus 2013 und früher (Stand 31. Dezember 2015)	**24.410**
davon	
Afghanistan	3.406
Pakistan	2.721
Russische Föderation	2.059
Iran	1.387
Somalia	1.359
Ägypten	1.267
Nigeria	1.174
Guinea	896
Türkei	691
Armenien	565

Waren Anfang 2015 insgesamt 39 802 sog. Altverfahren aus den Jahren 2013 und früher anhängig, wurde dieser Stand zum 31. Dezember 2015 auf 24 410 anhängige Verfahren reduziert. Altverfahren sind jeweils die Verfahren, in denen die Antragstellung aus dem vorletzten Kalenderjahr oder früher stammt. Bis wann diese abgeschlossen werden können, hängt von vielen Parametern ab, u. a. der Entwicklung der Zugangszahlen und der entsprechenden Personaleinstellung und -qualifizierung.

5. Wie viele Verfahren im Rahmen der Dublin-Verordnung wurden im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen) eingeleitet (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen die Relation zu allen Asylerstanträgen sowie die Quote der auf EURODAC-Treffern – EURODAC: europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken – basierenden Dublin-Verfahren angeben; bitte auch nach den unterschiedlichen EURODAC-Treffern differenzieren), und wie viele VIS-Treffer (VIS: Visa-Informationssystem) bei Asylsuchenden gab es (bitte Gesamtzahl nennen und jeweils nach den fünf wichtigsten Ausstellungsländern der Visa und Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden:

	Asylerstanträge	**Übernahmeersuchen (ÜE) an die Mitgliedstaaten gesamt**	**Prozentualer Anteil der ÜE zu den Asylerstanträgen**	**Prozentualer Anteil der ÜE mit EURODAC-Treffer**
4. Quartal 2015	162.551	9.388	5,8	70,7
4. Quartal 2014	55.320	10.969	19,8	69,3
Jahr 2015	441.899	44.892	10,2	76,0
Jahr 2014	173.072	35.115	20,3	68,5

Übernahmeersuchen mit EURODAC-Treffern				
	4. Quartal 2015	**4. Quartal 2014**	**Jahr 2015**	**Jahr 2014**
EURODAC-Treffer gesamt	6.638	7.598	34.109	24.059
davon EURODAC-Treffer				
nach Artikel 4/neu Artikel 9 EURODAC-Verordnung	5.449	5.898	25.674	19.229
nach Artikel 8/neu Artikel 14 EURODAC-Verordnung	969	1.167	5.870	3.111
nach Artikel 11/neu Artikel 17 EURODAC-Verordnung	220	533	2.565	1.719

Liegen für eine Person mehrere unterschiedliche EURODAC-Treffer vor, werden vorrangig die gemäß Artikel 9 der EURODAC-Verordnung vorhandenen Treffer ausgewiesen.

VIS-Treffer im 4. Quartal 2015		**VIS-Treffer im 4. Quartal 2014**	
VIS-Treffer gesamt	1.312	VIS-Treffer gesamt	1.484
davon:		*davon:*	
Ausstellendes Land		Ausstellendes Land	
Italien	208	Italien	367
Frankreich	208	Frankreich	322
Deutschland	194	Deutschland	201
Spanien	147	Spanien	178
Tschechische Republik	92	Polen	74

VIS-Treffer im 4. Quartal 2015		**VIS-Treffer im 4. Quartal 2014**	
VIS-Treffer gesamt	1.312	VIS-Treffer gesamt	1.484
davon:		*davon:*	
Herkunftsland		Herkunftsland	
Syrien	337	Iran	282
Georgien	114	Syrien	271
Irak	114	Irak	146
Iran	94	Nigeria	82
Ukraine	61	Algerien	69

VIS-Treffer im Jahr 2015		**VIS-Treffer im Jahr 2014**	
VIS-Treffer gesamt	5.788	VIS-Treffer gesamt	5.952
davon:		*davon:*	
Ausstellendes Land		Ausstellendes Land	
Frankreich	1.098	Italien	1.342

VIS-Treffer im Jahr 2015		VIS-Treffer im Jahr 2014	
Italien	1.068	Frankreich	1.120
Deutschland	926	Spanien	977
Spanien	722	Deutschland	793
Polen	376	Polen	365

VIS-Treffer im Jahr 2015		VIS-Treffer im Jahr 2014	
VIS-Treffer gesamt	5.788	VIS-Treffer gesamt	5.952
davon:		*davon:*	
Herkunftsland		Herkunftsland	
Syrien	1.275	Iran	1.011
Iran	636	Syrien	874
Irak	519	Irak	675
Algerien	269	Nigeria	328
Ukraine	240	Libanon	262

a) Welche waren in den benannten Zeiträumen die 15 am stärksten betroffenen Herkunftsländer und welche die 15 am stärksten angefragten Mitgliedstaaten der Europäischen Union (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen angeben, sowie in jedem Fall die Zahlen zu Griechenland, Zypern, Malta, Bulgarien und Ungarn sowie zu syrischen Asylsuchenden nennen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2015	**Übernahmeersuchen**	
Herkunftsländer	**absolut**	**in Prozent**
Syrien	1.754	18,7
Irak	1.439	15,3
Afghanistan	1.203	12,8
Russische Föderation	986	10,5
Pakistan	358	3,8
Nigeria	292	3,1
Ukraine	272	2,9
Eritrea	255	2,7
Iran	247	2,6
Somalia	224	2,4
Algerien	156	1,7
Georgien	144	1,5
Gambia	141	1,5
Ungeklärt	125	1,3
Bangladesch	107	1,1

Jahr 2015	**Übernahmeersuchen**	
Herkunftsländer	**absolut**	**in Prozent**
Syrien	9.594	21,4
Afghanistan	6.008	13,4
Irak	4.618	10,3
Russische Föderation	3.247	7,2
Pakistan	1.468	3,3
Eritrea	1.351	3,0
Kosovo	1.346	3,0

Jahr 2015 **Herkunftsländer**	**Übernahmeersuchen** **absolut**	 **in Prozent**
Nigeria	1.314	2,9
Somalia	1.300	2,9
Iran	1.136	2,5
Ukraine	1.081	2,4
Algerien	1.014	2,3
Ungeklärt	964	2,1
Gambia	887	2,0
Georgien	685	1,5

4. Quartal 2014 **Herkunftsländer**	**Übernahmeersuchen** **absolut**	 **in Prozent**
Syrien	2.455	22,4
Kosovo	925	8,4
Afghanistan	877	8,0
Russische Föderation	684	6,2
Eritrea	412	3,8
Nigeria	391	3,6
Somalia	383	3,5
Georgien	364	3,3
Irak	343	3,1
Iran	332	3,0
Ukraine	290	2,6
Algerien	287	2,6
Pakistan	282	2,6
Ungeklärt	241	2,2
Gambia	224	2,0

Jahr 2014 **Herkunftsländer**	**Übernahmeersuchen** **absolut**	 **in Prozent**
Syrien	5.307	15,1
Russische Föderation	3.083	8,8
Afghanistan	2.997	8,5
Somalia	2.281	6,5
Kosovo	1.747	5,0
Iran	1.380	3,9
Georgien	1.285	3,7
Eritrea	1.198	3,4
Nigeria	1.101	3,1
Algerien	1.079	3,1
Pakistan	1.006	2,9
Irak	956	2,7
Marokko	824	2,3
Serbien	820	2,3
Gambia	667	1,9

4. Quartal 2015 ÜE an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen absolut	 in Prozent
Ungarn	3.766	40,1
Italien	1.580	16,8
Polen	1.068	11,4
Bulgarien	827	8,8
Österreich	423	4,5
Frankreich	287	3,1
Spanien	273	2,9
Schweden	220	2,3
Schweiz	183	1,9
Belgien	125	1,3
Niederlande	112	1,2
Litauen	89	0,9
Norwegen	86	0,9
Dänemark	77	0,8
Rumänien	48	0,5
Zypern	13	0,1
Malta	11	0,1
Griechenland	0	0,0

Jahr 2015 ÜE an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen absolut	 in Prozent
Ungarn	14.587	32,5
Italien	9.231	20,6
Bulgarien	4.744	10,6
Polen	3.784	8,4
Spanien	2.064	4,6
Frankreich	1.885	4,2
Österreich	1.880	4,2
Schweden	1.311	2,9
Schweiz	1.159	2,6
Belgien	872	1,9
Niederlande	722	1,6
Norwegen	507	1,1
Dänemark	448	1,0
Rumänien	336	0,7
Litauen	289	0,6
Malta	148	0,3
Zypern	50	0,1
Griechenland	0	0,0

4. Quartal 2014 ÜE an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen absolut	 in Prozent
Italien	2.902	26,5
Ungarn	1.992	18,2
Bulgarien	1.452	13,2
Polen	992	9,0
Frankreich	641	5,8
Spanien	462	4,2
Schweiz	391	3,6

4. Quartal 2014 **ÜE an Mitgliedstaaten**	**Übernahmeersuchen** **absolut**	 **in Prozent**
Belgien	389	3,5
Schweden	381	3,5
Österreich	360	3,3
Niederlande	187	1,7
Norwegen	158	1,4
Dänemark	152	1,4
Rumänien	103	0,9
Litauen	78	0,7
Malta	61	0,6
Zypern	12	0,1
Griechenland	0	0,0

Jahr 2014 **ÜE an Mitgliedstaaten**	**Übernahmeersuchen** **absolut**	 **in Prozent**
Italien	9.102	25,9
Bulgarien	4.405	12,5
Ungarn	3.913	11,1
Polen	3.311	9,4
Frankreich	2.422	6,9
Belgien	2.138	6,1
Spanien	1.851	5,3
Schweiz	1.706	4,9
Schweden	1.521	4,3
Österreich	1.085	3,1
Niederlande	752	2,1
Norwegen	599	1,7
Dänemark	520	1,5
Malta	322	0,9
Rumänien	218	0,6
Zypern	53	0,2
Griechenland	0	0,0

b) Wie viele Dublin-Entscheidungen mit welchem Ergebnis (Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaats bzw. der Bundesrepublik Deutschland, Selbsteintritt, humanitäre Fälle, Familienzusammenführung usw.) gab es in den benannten Zeiträumen (bitte bei der Zahl der Selbsteintritte auch nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den jeweils fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Entscheidungen über Dublin-Verfahren werden im Statistiksystem beim BAMF nach den in den folgenden Tabellen aufgeführten Kategorien erfasst:

	4. Quartal 2015	4. Quartal 2014	Jahr 2015	Jahr 2014
Ablehnungen durch den Mitgliedstaat gesamt	1.836	3.500	10.280	10.728
davon Ablehnungen				
nach Artikel 6 Satz 2 Dublin II		3		16
nach Artikel 7 Dublin II		3		14
nach Artikel 15 Dublin II		5		22
nach Artikel 8 Absatz 1 Dublin III	4	6	40	9

	4. Quartal 2015	4. Quartal 2014	Jahr 2015	Jahr 2014
nach Artikel 8 Absatz 2 Dublin III	1		6	
nach Artikel 8 Absatz 3 Dublin III			8	1
nach Artikel 8 Absatz 4 Dublin III	27	21	91	41
nach Artikel 9 Dublin III	5	15	20	37
nach Artikel 10 Dublin III	9	9	57	78
nach Artikel 11 a) Dublin III	31	16	87	48
nach Artikel 11 b) Dublin III		10	38	16
nach Artikel 16 Absatz 1 Dublin III		5	12	54
nach Artikel 16 Absatz 2 Dublin III	1		1	7
nach Artikel 17 Absatz 1 Dublin III	2	7	16	21
nach Artikel 17 Absatz 2 Dublin III	7	9	31	18
nach Artikel 20 Absatz 3 Dublin III	17	10	40	37
Zustimmungen des Mitgliedstaates gesamt	5.492	6.578	29.699	27.157
davon Zustimmungen				
nach Artikel 4 Absatz 3 Dublin II		3	1	98
nach Artikel 6 Satz 1 Dublin II			1	5
nach Artikel 7 Dublin II	1		3	6
nach Artikel 8 Dublin II			1	10
nach Artikel 14 a) und b) Dublin II			10	3
nach Artikel 15 Dublin II			3	9
nach Artikel 8 Absatz 1 Dublin III	2	1	2	8
nach Artikel 8 Absatz 2 Dublin III		4		5
nach Artikel 8 Absatz 3 Dublin III			2	
nach Artikel 8 Absatz 4 Dublin III	1	1	5	1
nach Artikel 9 Dublin III	1	3	17	33
nach Artikel 10 Dublin III	3	8	15	38
nach Artikel 11 a) Dublin III	1	5	24	26
nach Artikel 11 b) Dublin III		1	8	2
nach Artikel 16 Absatz 1 Dublin III		10	17	69
nach Artikel 16 Absatz 2 Dublin III		1		5
nach Artikel 17 Absatz 1 Dublin III	1	5	74	7
nach Artikel 17 Absatz 2 Dublin III	6		10	7
nach Artikel 20 Absatz 3 Dublin III	3	40	66	138

4. Quartal 2015			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		**Herkunftsländer**	
Belgien	21	*darunter:*	
		Syrien	15
		Ruanda	2
		Afghanistan	1
		Serbien	1
		Kamerun	1
Bulgarien	155	*darunter:*	
		Syrien	81
		Irak	54
		Afghanistan	8

4. Quartal 2015			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		**Herkunftsländer**	
		Ungeklärt	7
		Somalia	2
Dänemark	2	Libanon	1
		Syrien	1
Frankreich	36	*darunter:*	
		Syrien	24
		Irak	5
		Nigeria	2
		Burkina-Faso	1
		Afghanistan	1
Griechenland	1.491	*darunter:*	
		Syrien	1.006
		Afghanistan	149
		Pakistan	73
		Irak	63
		Ungeklärt	61
Italien	242	*darunter:*	
		Syrien	123
		Staatenlos	16
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	15
		Somalia	12
		Ungeklärt	12
Kroatien	1	Somalia	1
Lettland	4	Tadschikistan	4
Liechtenstein	4	Armenien	4
Litauen	1	Tadschikistan	1
		Russische Föderation	
Malta	17	Syrien	10
		Somalia	4
		Nigeria	1
		Staatsangehörigkeit ohne Bez.	1
		Libyen	1
Niederlande	14	*darunter:*	
		Syrien	4
		Mongolei	4
		Bosnien-Herzegowina	2
		Afghanistan	2
		Türkei	1
Norwegen	10	Afghanistan	8
		Ungeklärt	1
		Sudan (ohne Südsudan)	1
Österreich	25	*darunter:*	
		Syrien	8
		Irak	7
		Türkei	3

4. Quartal 2015			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		**Herkunftsländer**	
		Staatenlos	2
		Afghanistan	2
Polen	38	*darunter:*	
		Russische Föderation	14
		Syrien	12
		Ukraine	4
		Tadschikistan	3
		Georgien	3
Portugal	3	Angola	2
		Syrien	1
Rumänien	12	Syrien	9
		Irak	3
Schweden	8	Albanien	3
		Afghanistan	3
		Syrien	1
		Armenien	1
Schweiz	12	Kosovo	6
		Irak	4
		Ägypten	1
		Syrien	1
Slowakische Republik	1	Somalia	1
Spanien	83	*darunter:*	
		Syrien	69
		Kamerun	3
		Irak	3
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	3
		Guinea	1
Tschechische Republik	4	Syrien	4
Ungarn	1.041	*darunter:*	
		Syrien	707
		Irak	102
		Afghanistan	67
		Ungeklärt	60
		Kosovo	23
Zypern	1	Syrien	1
Gesamt	3.226		

Jahr 2015			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		**Herkunftsländer**	
Belgien	68	*darunter:*	
		Syrien	35
		Serbien	5
		Kosovo	4

Jahr 2015			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		**Herkunftsländer**	
		Libanon	3
		Albanien	2
Bulgarien	572	*darunter:*	
		Syrien	377
		Irak	99
		Afghanistan	59
		Ungeklärt	12
		Somalia	6
Dänemark	8	Kosovo	5
		Afghanistan	1
		Libanon	1
		Syrien	1
Estland	1	Syrien	1
Finnland	3	Afghanistan	3
Frankreich	122	*darunter:*	
		Syrien	52
		Irak	11
		Afghanistan	7
		Kosovo	7
		Sri Lanka	6
Griechenland	5.436	*darunter:*	
		Syrien	3.536
		Afghanistan	708
		Pakistan	204
		Ungeklärt	186
		Irak	146
Großbritannien	1	Syrien	1
Italien	999	*darunter:*	
		Syrien	522
		Ungeklärt	62
		Iran	60
		Eritrea	47
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	41
Kroatien	4	Syrien	3
		Somalia	1
Lettland	5	Tadschikistan	4
		Syrien	1
Liechtenstein	4	Armenien	4
Litauen	14	Afghanistan	5
		Tadschikistan	4
		Georgien	3
		Armenien	1
		Russische Föderation	1
Malta	55	*darunter:*	
		Somalia	19
		Syrien	16
		Nigeria	7
		Eritrea	5

Jahr 2015			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		**Herkunftsländer**	
		Algerien	4
Niederlande	35	*darunter:*	
		Syrien	11
		Bosnien-Herzegowina	7
		Armenien	5
		Mongolei	4
		Afghanistan	3
Norwegen	25	*darunter:*	
		Afghanistan	18
		Jemen	2
		Ungeklärt	2
		Iran	1
		Sri Lanka	1
Österreich	70	*darunter:*	
		Syrien	29
		Irak	18
		Ungeklärt	5
		Afghanistan	4
		Staatenlos	3
Polen	201	*darunter:*	
		Russische Föderation	102
		Syrien	37
		Tadschikistan	18
		Georgien	15
		Ukraine	10
Portugal	4	Angola	2
		Syrien	1
		Ungeklärt	1
Rumänien	44	Syrien	33
		Afghanistan	5
		Irak	3
		Iran	3
Schweden	42	*darunter:*	
		Syrien	17
		Staatenlos	6
		Ungeklärt	5
		Afghanistan	4
		Albanien	3
Schweiz	32	*darunter:*	
		Syrien	18
		Kosovo	6
		Irak	4
		Afghanistan	1
		Ägypten	1
Slowakische Republik	4	Irak	2
		Somalia	1
		Syrien	1
Slowenien	12	Türkei	9

Jahr 2015			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		**Herkunftsländer**	
		Syrien	3
Spanien	322	*darunter:*	
		Syrien	269
		Kamerun	9
		Ungeklärt	8
		Libanon	7
		Somalia	7
Tschechische Republik	15	*darunter:*	
		Syrien	4
		Ukraine	4
		Armenien	3
		Irak	2
		Libanon	1
Ungarn	2.395	*darunter:*	
		Syrien	1.640
		Afghanistan	210
		Irak	155
		Ungeklärt	128
		Kosovo	118
Zypern	2	Georgien	1
		Syrien	1
Gesamt	10.495		

4. Quartal 2014			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		**Herkunftsländer**	
Belgien	20	*darunter:*	
		Nigeria	5
		Afghanistan	4
		Albanien	4
		Bosnien-Herzegowina	3
		Russische Föderation	2
Bulgarien	11	Syrien	9
		Afghanistan	1
		Ungeklärt	1
Frankreich	3	Kenia	1
		Russische Föderation	1
		Turkmenistan	1
Griechenland	585	*darunter:*	
		Syrien	283
		Afghanistan	168
		Pakistan	22
		Nigeria	13
		Somalia	13
Island	1	Äthiopien	1

4. Quartal 2014			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		**Herkunftsländer**	
Italien	42	*darunter:*	
		Afghanistan	14
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	10
		Somalia	6
		Syrien	5
		Iran	4
Kroatien	1	Sri Lanka	1
Malta	30	Somalia	11
		Libyen	7
		Eritrea	6
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	5
		Tschad	1
Niederlande	5	Irak	2
		Mongolei	2
		Kenia	1
Norwegen	9	Kirgisistan	5
		Afghanistan	2
		Iran	2
Polen	14	*darunter:*	
		Afghanistan	4
		Irak	4
		Russische Föderation	3
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	1
		Tadschikistan	1
Portugal	2	Afghanistan	1
		Ägypten	1
Schweden	2	Kosovo	1
		Serbien	1
Schweiz	1	Türkei	1
Spanien	14	Irak	7
		Libanon	4
		Kenia	1
		Nigeria	1
		Syrien	1
Ungarn	4	Afghanistan	2
		Pakistan	1
		Syrien	1
Gesamt	744		

Jahr 2014			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		**Herkunftsländer**	
Belgien	54	*darunter:*	
		Russische Föderation	11
		Afghanistan	10
		Nigeria	5
		Albanien	4
		Somalia	4
Bulgarien	69	*darunter:*	
		Syrien	43
		Afghanistan	18
		Somalia	4
		Senegal	2
		Jordanien	1
Dänemark	1	Afghanistan	1
Frankreich	18	*darunter:*	
		Montenegro	6
		Iran	2
		Nigeria	2
		Georgien	1
		Guinea	1
Griechenland	1.519	*darunter:*	
		Syrien	591
		Afghanistan	498
		Pakistan	95
		Iran	50
		Somalia	44
Großbritannien	1	Pakistan	1
Island	1	Äthiopien	1
Italien	146	*darunter:*	
		Syrien	43
		Afghanistan	26
		Iran	14
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	13
		Somalia	10
Kroatien	1	Sri Lanka	1
Malta	198	*darunter:*	
		Libyen	94
		Somalia	64
		Eritrea	13
		sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	11
		Tschad	4
Niederlande	14	*darunter:*	
		Irak	3
		Somalia	3
		Mongolei	2
		Afghanistan	1

Jahr 2014			
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Mitgliedstaaten		**Herkunftsländer**	
		Kenia	1
Norwegen	10	Kirgisistan	5
		Iran	3
		Afghanistan	2
Österreich	2	Pakistan	2
Polen	79	*darunter:*	
		Russische Föderation	47
		Syrien	12
		Irak	5
		Afghanistan	4
		Ägypten	4
Portugal	9	Syrien	7
		Afghanistan	1
		Ägypten	1
Rumänien	9	Syrien	8
		Afghanistan	1
Schweden	7	Afghanistan	2
		Irak	2
		Kosovo	2
		Serbien	1
Schweiz	4	Syrien	2
		Afghanistan	1
		Türkei	1
Slowakische Republik	1	Somalia	1
Spanien	34	*davon:*	
		Irak	15
		Syrien	11
		Libanon	4
		Iran	1
		Kenia	1
Tschechische Rep.	2	Syrien	2
Ungarn	46	*darunter:*	
		Afghanistan	21
		Syrien	12
		Pakistan	6
		Kosovo	3
		Irak	2
Gesamt	2.225		

c) Wie viele Überstellungen nach der Dublin-Verordnung wurden in den benannten Zeiträumen vollzogen (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen angeben und auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern – in jedem Fall auch Syrien – und Mitgliedstaaten der Europäischen Union – in jedem Fall auch Griechenland, Ungarn, Bulgarien, Zypern und Malta – differenzieren), und wie viele dieser Personen wurden unter Einschaltung des BAMF, aber ohne Durchführung eines Asylverfahrens überstellt?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2015	**Überstellungen**	
Herkunftsländer	**absolut**	**in Prozent**
gesamt	893	
darunter:		
Russische Föderation	128	14,3
Ukraine	72	8,1
Afghanistan	50	5,6
Irak	44	4,9
Algerien	35	3,9
Gambia	33	3,7
Pakistan	32	3,6
Somalia	32	3,6
Albanien	28	3,1
Marokko	27	3,0
Guinea	24	2,7
Nigeria	24	2,7
Georgien	23	2,6
Libyen	23	2,6
Guinea-Bissau	22	2,5
Syrien	7	0,8

Jahr 2015	**Überstellungen**	
Herkunftsländer	**absolut**	**in Prozent**
gesamt	3.597	
darunter:		
Russische Föderation	465	12,9
Ukraine	178	4,9
Syrien	168	4,7
Afghanistan	166	4,6
Pakistan	165	4,6
Georgien	154	4,3
Gambia	153	4,3
Somalia	147	4,1
Algerien	135	3,8
Kosovo	120	3,3
Marokko	112	3,1
Irak	108	3,0
Guinea	100	2,8
Albanien	94	2,6
Nigeria	92	2,6

4. Quartal 2014 Herkunftsländer	Überstellungen absolut	 in Prozent
gesamt	946	
darunter:		
Russische Föderation	184	19,5
Somalia	56	5,9
Kosovo	44	4,7
Afghanistan	42	4,4
Pakistan	42	4,4
Guinea	41	4,3
Algerien	40	4,2
Irak	31	3,3
Marokko	29	3,1
Nigeria	29	3,1
Gambia	27	2,9
Georgien	27	2,9
Mazedonien	23	2,4
Iran	20	2,1
Mali	20	2,1
Syrien	19	2,0

Jahr 2014 Herkunftsländer	Überstellungen absolut	 in Prozent
gesamt	4.772	
darunter:		
Russische Föderation	1.435	30,1
Kosovo	267	5,6
Somalia	251	5,3
Afghanistan	246	5,2
Pakistan	192	4,0
Georgien	166	3,5
Marokko	147	3,1
Serbien	142	3,0
Algerien	141	3,0
Mazedonien	136	2,8
Guinea	116	2,4
Syrien	102	2,1
Irak	93	1,9
Iran	93	1,9
Tunesien	87	1,8

4. Quartal 2015 an Mitgliedstaaten	Überstellungen absolut	 in Prozent
gesamt	893	
darunter:		
Italien	213	23,9
Polen	166	18,6
Frankreich	77	8,6
Spanien	76	8,5
Österreich	64	7,2
Belgien	56	6,3
Ungarn	55	6,2

4. Quartal 2015 an Mitgliedstaaten	**Überstellungen absolut**	**in Prozent**
Schweden	53	5,9
Schweiz	40	4,5
Niederlande	21	2,4
Malta	9	1,0
Norwegen	9	1,0
Dänemark	8	0,9
Portugal	7	0,8
Bulgarien	6	0,7
Zypern	1	0,1
Griechenland	0	0,0

Jahr 2015 an Mitgliedstaaten	**Überstellungen absolut**	**in Prozent**
gesamt	3.597	
darunter:		
Italien	861	23,9
Polen	556	15,5
Frankreich	427	11,9
Belgien	321	8,9
Spanien	271	7,5
Österreich	193	5,4
Ungarn	192	5,3
Schweden	175	4,9
Schweiz	160	4,4
Niederlande	126	3,5
Dänemark	71	2,0
Norwegen	47	1,3
Bulgarien	39	1,1
Malta	27	0,8
Litauen	23	0,6
Zypern	1	0,0
Griechenland	0	0,0

4. Quartal 2014 an Mitgliedstaaten	**Überstellungen absolut**	**in Prozent**
gesamt	946	
darunter:		
Italien	197	20,8
Belgien	168	17,8
Polen	159	16,8
Spanien	70	7,4
Schweiz	64	6,8
Frankreich	57	6,0
Ungarn	37	3,9
Schweden	36	3,8
Niederlande	31	3,3
Österreich	26	2,7
Norwegen	26	2,7
Finnland	19	2,0
Portugal	9	1,0

4. Quartal 2014 an Mitgliedstaaten	Überstellungen absolut	Überstellungen in Prozent
Bulgarien	8	0,8
Slowakische Republik	7	0,7
Malta	3	0,3
Zypern	0	0,0
Griechenland	0	0,0

Jahr 2014 an Mitgliedstaaten	Überstellungen absolut	Überstellungen in Prozent
gesamt	4.772	
darunter:		
Polen	1.218	25,5
Belgien	844	17,7
Italien	782	16,4
Frankreich	374	7,8
Schweiz	292	6,1
Österreich	225	4,7
Schweden	215	4,5
Ungarn	178	3,7
Spanien	177	3,7
Niederlande	109	2,3
Norwegen	93	1,9
Dänemark	47	1,0
Malta	44	0,9
Finnland	28	0,6
Portugal	22	0,5
Bulgarien	14	0,3
Zypern	2	0,0
Griechenland	0	0,0

Zeitraum	Überstellungen ohne Durchführung eines Asylverfahrens
4. Quartal 2015	33
4. Quartal 2014	17
Jahr 2015	116
Jahr 2014	186

d) Wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen mit der Begründung einer Nicht-Zuständigkeit nach der Dublin-Verordnung abgelehnt oder eingestellt oder als unbeachtlich betrachtet, ohne dass ein Asylverfahren mit inhaltlicher Prüfung durchgeführt wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben), und wie viele Asylanträge wurden als unzulässig erachtet, weil bereits in einem anderen Land ein Schutzstatus gewährt wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und weitere Angaben zu den wichtigsten betroffenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den dort gewährten Schutzstatus und die Staatsangehörigkeit der Betroffenen machen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Zeitraum	Entscheidungen gesamt				
		davon Dublin-Entscheidungen (Nichtzuständigkeit)			
			davon unzulässig (nach § 27a AsylG)	davon Einstellungen	davon kein weiteres Verfahren durchzuführen
4. Quartal 2015	110.188	4.234	4.211	9	14
Jahr 2015	282.726	18.770	18.658	68	44
4. Quartal 2014	43.066	5.337	5.324	11	2
Jahr 2014	128.911	23.413	23.056	195	162

Zeitraum	Entscheidungen gesamt	davon Schutz im Mitgliedstaat
4. Quartal 2015	110.188	853
4. Quartal 2014	43.066	1.154
Jahr 2015	282.726	4.308
Jahr 2014	128.911	2.511

Die Entscheidungen über die Gewährung eines Schutzstatus in einem anderen Land werden unabhängig davon getroffen, ob ein Dublin-Verfahren durchgeführt wird. Deshalb ist die Zuordnung zu einem Land nicht möglich.

e) In wie vielen Fällen wurde in den genannten Zeiträumen bei Asylsuchenden festgestellt, dass eigentlich Griechenland nach der Dublin-Verordnung zuständig wäre (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenziert angeben), wann und nach welchen Kriterien wird in diesen Fällen die Zuständigkeit eines weiteren durchreisten Dublin-Mitgliedstaats geprüft, und in welchem ungefähren Umfang finden solche Prüfungen eines möglicherweise nach den Dublin-Regelungen zuständigen Viertstaats statt (bitte darlegen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
4. Quartal 2015	
Herkunftsländer gesamt	1.491
darunter:	
Syrien	1.006
Afghanistan	149
Pakistan	73
Irak	63
Ungeklärt	61
Staatenlos	36
Iran	15
Marokko	15
Libanon	12
Nigeria	10

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
Jahr 2015	
Herkunftsländer gesamt	5.436
darunter:	
Syrien	3.536
Afghanistan	708
Pakistan	204
Ungeklärt	186
Irak	146
Staatenlos	131
sonst. asiatische Staatsangehörigkeit	112
Iran	52
Albanien	43
Somalia	38

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
4. Quartal 2014	
Herkunftsländer gesamt	585
darunter:	
Syrien	283
Afghanistan	168
Pakistan	22
Somalia	13
Nigeria	13
Iran	12
Ungeklärt	12
Irak	10
Staatenlos	9
sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	8

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
Jahr 2014	
Herkunftsländer gesamt	1.519
darunter:	
Syrien	591
Afghanistan	498
Pakistan	95
Iran	50
Somalia	44
Irak	36
sonst. asiat. Staatsangehörigkeit	24
Staatenlos	23
Ungeklärt	20
Nigeria	18

Die Zuständigkeitskriterien nach Artikel 7 bis Artikel 15 Dublin III - Verordnung werden immer geprüft. Der Umfang hängt vom konkreten Einzelfall ab und kann daher nicht näher verifiziert werden.

f) Wie viele Übernahmeersuchen, Zustimmungen bzw. Überstellungen (bitte differenzieren) im Rahmen des Dublin-Systems gab es in den genannten Zeiträumen durch bzw. an Deutschland (bitte auch nach Ländern differenzieren und die jeweiligen Überstellungsquoten nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Etwaige Überstellungsquoten ergeben sich aus dem Verhältnis der jeweils erfolgten Überstellungen zu den jeweiligen Zustimmungen.

4. Quartal 2015	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Über-nahme-ersuchen	Zustimmun-gen	erfolgte Überstel-lungen	Über-nahme-ersuchen	Zustimmun-gen	erfolgte Überstellun-gen
Österreich	423	191	64	189	138	32
Belgien	125	95	56	529	458	79
Bulgarien	827	398	6	3	1	6
Schweiz	183	72	40	666	572	97
Zypern	13	4	1	5	2	2
Tschechische Rep.	46	47	6	8	5	
Dänemark	77	31	8	223	193	40
Estland	27	18	1			
Spanien	273	189	76			
Finnland	23	15		312	294	7
Frankreich	287	219	77	633	492	109
Griechenland				72	45	200
Kroatien	16	9	4	1	1	1
Ungarn	3.766	1.773	55	33	19	5
Irland	2	3	1	6	1	
Island		1		19	16	
Italien	1.580	1.176	213	11	6	
Liechtenstein				3	2	1
Litauen	89	29	6	2	2	3
Luxemburg	15	6	6	34	30	12
Lettland	13	7				
Malta	11	18	9	2	2	
Niederlande	112	54	21	949	930	75
Norwegen	86	36	9	661	595	142
Polen	1.068	983	166	33	30	16
Portugal	17	19	7	4		1
Rumänien	48	12	5	3	1	1
Schweden	220	74	53	2.065	1.730	125
Slowenien	3	4	2	4	3	2
Slowakische Republik	18	4	1			2
Vereinigtes Königreich	20	5		75	62	15
Gesamt	9.388	5.492	893	6.545	5.630	973

Jahr 2015	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Über-nahme-ersuchen	Zustimmun-gen	erfolgte Überstel-lungen	Über-nahme-ersuchen	Zustimmun-gen	erfolgte Überstellun-gen
Österreich	1.880	939	193	464	360	141
Belgien	872	714	321	883	756	273
Bulgarien	4.744	1.669	39	26	11	12
Schweiz	1.159	539	160	1.210	1.006	327
Zypern	50	25	1	18	10	8
Tschechische Republik	218	148	18	28	11	3
Dänemark	448	227	71	443	370	166
Estland	58	32	3	2	2	2
Spanien	2.064	1.796	271	4	4	3
Finnland	97	37	6	364	334	33
Frankreich	1.885	1.645	427	1.740	1.289	327
Griechenland				601	508	542
Kroatien	60	46	11	2	1	1
Ungarn	14.587	9.303	192	45	29	12
Irland	4	3	1	14	7	
Island	1	2		24	21	
Italien	9.231	7.150	861	46	37	15
Liechtenstein	1	4		7	2	1
Litauen	289	222	23	4	4	4
Luxemburg	49	39	14	103	97	35
Lettland	67	50	9			
Malta	148	164	27	6	6	2
Niederlande	722	371	126	1.853	1.792	267
Norwegen	507	257	47	780	695	237
Polen	3.784	3.280	556	89	75	52
Portugal	65	56	12	9	5	4
Rumänien	336	175	8	13	7	5
Schweden	1.311	682	175	2.796	2.355	505
Slowenien	40	32	9	10	9	8
Slowakische Republik	110	61	10	6	2	2
Vereinigtes Königreich	105	31	6	195	160	45
Gesamt	44.892	29.699	3.597	11.785	9.965	3.032

4. Quartal 2014	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Über-nahme-ersuchen	Zustimmun-gen	erfolgte Überstel-lungen	Über-nahme-ersuchen	Zustimmun-gen	erfolgte Überstellun-gen
Österreich	360	163	26	71	49	27
Belgien	389	356	168	103	99	32
Bulgarien	1.452	360	8	3	2	1
Schweiz	391	158	64	123	100	81
Zypern	12	10		10	8	10
Tschechische Republik	43	43	1	5	3	
Dänemark	152	100	6	84	66	44
Estland	2	4				
Spanien	462	381	70		3	
Finnland	29	8	19	34	26	13
Frankreich	641	428	57	221	135	74
Griechenland				110	95	119
Kroatien	19	25	2			
Ungarn	1.992	1.492	37	4	3	
Irland	1			2	2	2
Island	2	1				
Italien	2.902	1.495	197	20	19	
Liechtenstein	2			1	1	
Litauen	78	50	6	2		
Luxemburg	12	13	5	19	16	9
Lettland	19	28	3			
Malta	61	46	3			
Niederlande	187	117	31	175	162	28
Norwegen	158	93	26	64	53	46
Polen	992	874	159	15	8	14
Portugal	10	15	9	1	1	
Rumänien	103	42	1	4	1	1
Schweden	381	217	36	279	212	150
Slowenien	29	26	2			
Slowakische Republik	55	25	7	1		
Vereinigtes Königreich	33	8	3	35	22	5
Gesamt	10.969	6.578	946	1.386	1.086	656

Jahr 2014	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Über-nahme-ersuchen	Zustimmun-gen	erfolgte Überstel-lungen	Über-nahme-ersuchen	Zustimmun-gen	erfolgte Überstellun-gen
Österreich	1.085	619	225	251	191	84
Belgien	2.138	2.147	844	321	285	135
Bulgarien	4.405	1.177	14	13	6	4
Schweiz	1.706	879	292	548	446	241
Zypern	53	58	2	24	19	17
Tschechische Republik	164	138	8	12	8	8
Dänemark	520	314	47	243	211	128
Estland	9	7				
Spanien	1.851	1.523	177	10	10	3
Finnland	108	55	28	99	95	62
Frankreich	2.422	1.798	374	818	512	167
Griechenland				462	435	460
Kroatien	61	58	9	3	1	
Ungarn	3.913	3.282	178	34	24	10
Irland	2			3	3	2
Island	6	1		7	6	
Italien	9.102	8.082	782	51	34	2
Liechtenstein	3	1		1	1	4
Litauen	172	159	17	7	2	2
Luxemburg	98	67	18	55	47	23
Lettland	94	95	5			
Malta	322	361	44	1		1
Niederlande	752	481	109	570	543	156
Norwegen	599	385	93	269	230	205
Polen	3.311	4.161	1.218	60	38	26
Portugal	94	108	22	6	6	3
Rumänien	218	87	4	15	11	6
Schweden	1.521	863	215	1.084	925	483
Slowenien	81	61	5	3	2	2
Slowakische Republik	163	126	20	2	1	2
Vereinigtes Königreich	142	64	22	119	85	39
Gesamt	35.115	27.157	4.772	5.091	4.177	2.275

g) Wie und nach welchen Kriterien wird im Allgemeinen und konkret in Bezug auf syrische Asylsuchende entschieden, ob ein Dublin-Verfahren eingeleitet wird oder nicht, vor dem Hintergrund, dass bei der Mehrzahl aller über den Landweg eingereisten Asylsuchenden die Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaats vorliegen dürfte (bitte so konkret wie möglich darstellen)?

Auf die Antwort zu Frage 5e wird verwiesen.

h) Welche Auswirkungen hatte die Wiederaufnahme der Dublin-Prüfungen zum 22. Oktober 2015 bei syrischen Asylsuchenden (bitte so genau wie möglich darstellen, z. B. in Bezug auf die Betroffenenzahlen, den personellen und zeitlichen Mehraufwand, Erfolgsquoten usw.)?

Die zahlenmäßige Entwicklung im Zeitverlauf zwischen August und Dezember 2015 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5e verwiesen.

Entwicklung Syrien ab August2015								
	Zugänge	**Entscheidungen**	**davon Dublin-Entscheidungen**	**Dublin-Entscheidungen in %**	**anhängige Verfahren**	**davon Dublin-Verfahren**	**anhängige Dublin-Verfahren in %**	**Überstellungen in andere Mitgliedstaaten**
August	10.440	6.345	113	1,8	33.659	6.028	17,9	15
September	16.838	6.126	5	0,1	45.803	2.770	6,0	21
Oktober	28.462	12.552	9	0,1	63.476	1.166	1,8	4
November	30.573	19.461	18	0,1	76.609	3.462	4,5	2
Dezember	25.357	25.015	46	0,2	77.912	5.997	7,7	1

i) Welche Bedingungen, Regeln oder Einschränkungen einzelner Mitgliedstaaten in Bezug auf die Rückübernahme im Rahmen des Dublin-Systems gibt es derzeit bzw. gab es im Jahr 2015 (bitte nach den jeweiligen Mitgliedstaaten differenziert darstellen, z. B. inwieweit es quantitative Höchstgrenzen oder zeitliche Beschränkungen oder zusätzliche prozedurale oder sonstige Anforderungen in Bezug auf die Rückübernahme gibt), und wie wird dies von der Bundesregierung bewertet?

Die ungarischen Behörden kontingentieren weiterhin in dem bisherigen Rahmen Dublin-Überstellungen der Mitgliedstaaten nach Ungarn. Die insgesamt niedrige Zahl von Dublin-Überstellungen von Deutschland nach Ungarn (192 Überstellungen im Jahr 2015) hängt unter anderem mit der Kontingentierung von Überstellungen durch die ungarischen Behörden zusammen, da eine fristgemäße Überstellung häufig nicht möglich ist.

Bedingungen, Regeln oder Einschränkungen, die in der Dublin III-VO nicht vorgesehen sind, erhöhen den Aufwand für den überstellenden Mitgliedstaat und mindern die Effizienz des Dublin-Verfahrens.

6. Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen) nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes (AsylG) von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder von Asylsuchenden gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von bzw. für Kinder(n) unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im vierten Quartal 2015 bei 94,1 Prozent (viertes Quartal 2014: 87,7 Prozent), bei

Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 91,5 Prozent (viertes Quartal 2014: 70,7 Prozent) und bei Personen unter 18 Jahren bei 57,3 Prozent (viertes Quartal 2014: 29,7 Prozent).

Die sogenannte bereinigte Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im vierten Quartal 2015 bei 97,1 Prozent (viertes Quartal 2014: 89,9 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 94,6 Prozent (viertes Quartal 2014: 73,3 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 65,5 Prozent (viertes Quartal 2014: 40,8 Prozent).

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2015 bei 92,8 Prozent (2014: 77,1 Prozent), bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 88,2 Prozent (2014: 62,7 Prozent) und bei Personen unter 18 Jahren bei 42,1 Prozent (2014: 31,4 Prozent).

Die sogenannte bereinigte Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2015 bei 95,6 Prozent (2014: 81,1 Prozent), bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 91,7 Prozent (2014: 66,4 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 50,9 Prozent (2014: 45,5 Prozent).

Die weiteren Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben. Bei Anträgen nach § 14a Absatz 2 AsylG, die nur Kinder unter 16 Jahre betreffen, kann statistisch nicht ausgewertet werden, ob ein Kind hier geboren oder eingereist ist.

	4.Quartal 2015		4.Quartal 2014	
	absolut	**Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt**	**absolut**	**Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt**
Asylerstanträge gesamt	162.551		55.320	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	48.938	30,1%	16.831	30,4%
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	42.017	25,8%	14.724	26,6%
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	1.548	1,0%	262	0,5%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	1.173	0,7%	1.008	1,8%
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	6.921	4,3%	2.107	3,8%
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	3.108	1,9%	1.017	1,8%

	Jahr 2015		Jahr 2014	
	absolut	**Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt**	**absolut**	**Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt**
Asylerstanträge gesamt	441.899		173.072	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	137.479	31,1%	54.996	31,8%
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	117.008	26,5%	48.370	27,9%
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	4.140	0,9%	1.008	0,6%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	6.774	1,5%	4.728	2,7%
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	20.471	4,6%	6.626	3,8%
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	10.296	2,3%	3.391	2,0%

7. Wie viele unbegleitete Minderjährige (d. h. unter 18-Jährige) haben im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 einen Asylerstantrag gestellt (bitte aufgliedern nach wichtigsten Herkunftsländern und Bundesländern), und wie waren die Asylentscheidungen bei unbegleiteten Minderjährigen im genannten Zeitraum (bitte nach verschiedenen Schutzstatus und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
4. Quartal 2015	
Herkunftsländer gesamt	4.658
darunter	
Syrien	1.878
Afghanistan	1.537
Irak	355
Eritrea	286
Ungeklärt	132
Somalia	119
Pakistan	77
Albanien	36
Iran	27
Guinea	25
Gambia	19
Äthiopien	18
Ägypten	14
Bangladesch	14
Nigeria	12

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Jahr 2015	
Herkunftsländer gesamt	14.439
darunter	
Afghanistan	4.744
Syrien	3.985
Eritrea	1.349
Irak	1.340
Somalia	793
Ungeklärt	279
Albanien	223
Pakistan	205
Gambia	179
Äthiopien	133
Kosovo	121
Guinea	117
Iran	77
Ägypten	64
Senegal	53

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
4. Quartal 2015	
Bundesländer gesamt	4.658
davon	
Baden-Württemberg	262
Bayern	1.544
Berlin	245
Brandenburg	126
Bremen	66
Hamburg	129
Hessen	410
Mecklenburg-Vorpommern	126
Niedersachsen	377
Nordrhein-Westfalen	639
Rheinland-Pfalz	123
Saarland	120
Sachsen	175
Sachsen-Anhalt	26
Schleswig-Holstein	193
Thüringen	97

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Jahr 2015	
Bundesländer gesamt	14.439
davon	
Baden-Württemberg	1.038
Bayern	5.117
Berlin	595
Brandenburg	227
Bremen	165
Hamburg	841
Hessen	1.575
Mecklenburg-Vorpommern	190
Niedersachsen	1.076
Nordrhein-Westfalen	1.718
Rheinland-Pfalz	398
Saarland	381
Sachsen	344
Sachsen-Anhalt	59
Schleswig-Holstein	518
Thüringen	197

4. Quartal 2015	**Entscheidungen über Erstanträge***				
	insgesamt	**Anerkennung als Asylberechtigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)**	**Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG**	**Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG**	**Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG**
Herkunftsländer gesamt	1.262	10	1.052	23	79
darunter					
Syrien	553	6	536	-	1
Afghanistan	134	3	33	7	66
Irak	208	-	202	2	-
Eritrea	219	1	210	7	-
Ungeklärt	28	-	26	-	-
Somalia	26	-	17	6	3
Pakistan	3	-	-	-	-
Albanien	21	-	-	-	-
Iran	1	-	1	-	-
Guinea	-	-	-	-	-
Gambia	-	-	-	-	-
Äthiopien	2	-	-	-	1
Ägypten	1	-	-	-	-
Bangladesch	-	-	-	-	-
Nigeria	2	-	-	-	2

Jahr 2015	Entscheidungen über Erstanträge*				
	insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG
Herkunftsländer gesamt	2.922	21	2.244	105	259
darunter					
Afghanistan	408	3	122	24	212
Syrien	1.258	15	1.219	-	2
Eritrea	350	1	304	42	-
Irak	435	1	426	3	-
Somalia	72	-	31	28	8
Ungeklärt	78	-	71	-	-
Albanien	52	-	-	-	-
Pakistan	9	-	3	-	-
Gambia	2	-	1	-	1
Äthiopien	12	-	3	1	4
Kosovo	48	-	-	-	-
Guinea	12	-	-	-	12
Iran	8	-	5	-	1
Ägypten	18	-	-	-	1
Senegal	-	-	-	-	-

* Etwaige Quoten ergeben sich aus dem Verhältnis der jeweiligen Einzelentscheidungen zu allen Entscheidungen

8. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen) an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben für das vierte Quartal 2015 und das Jahr 2015 sowie die Vergleichswerte des Vorjahres können den folgenden Tabellen entnommen werden. Für den Zeitraum Januar bis November 2015 wurden nur Daten zu Minderjährigen unter 16 Jahren im Sinne von § 80 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) bzw. § 12 AsylG erfasst.

Seit Dezember 2015 erfasst die Bundespolizei Minderjährige bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.

4. Quartal 2015 nach Grenze	Anzahl	davon zurückgewiesen	davon zurückgeschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	3007	20	4	2966
Österreich	2681	2		2670
Frankreich	165	9		156
Schweiz	43	5		36
Dänemark	29			29
Polen	21		4	15
Belgien	20	1		19

Seehäfen	17			16
Tschechische Republik	12			11
Flughäfen	11	2		7
Niederlande	6	1		5
Luxemburg	2			2

Jahr 2015 nach Grenze	**Anzahl**	**davon zurückgewiesen**	**davon zurückgeschoben**	**davon Übergabe an Jugendämter**
Gesamt	6153	21	10	6061
Österreich	5263	3		5215
Frankreich	376	9	2	365
Tschechische Republik	99		1	95
Schweiz	91	5	1	83
Belgien	89	1	1	87
Dänemark	85			85
Seehäfen	47			46
Flughäfen	43	2		33
Niederlande	28	1	1	26
Polen	24		4	18
Luxemburg	8			8

4. Quartal 2014 nach Grenze	**Anzahl**	**davon zurückgewiesen**	**davon zurückgeschoben**	**davon Übergabe an Jugendämter**
Gesamt	388	1	11	370
Österreich	225			219
Frankreich	85			85
Belgien	30		5	25
Schweiz	12			12
Niederlande	11		6	5
Dänemark	9			9
Flughäfen	9	1		8
Luxemburg	4			4
Seehäfen	2			2
Tschechische Republik	1			1

Jahr 2014 nach Grenze	**Anzahl**	**davon zurückgewiesen**	**davon zurückgeschoben**	**davon Übergabe an Jugendämter**
Gesamt	1087	1	27	1034
Österreich	540		1	526
Frankreich	287			286
Belgien	82		8	74
Niederlande	62		18	40
Schweiz	46			46
Flughäfen	33	1		27
Dänemark	20			20
Tschechische Republik	7			7
Luxemburg	5			5
Polen	3			1
Seehäfen	2			2

4. Quartal 2015 nach Staatsangehörigkeit	**Anzahl**	**davon zurückgewiesen**	**davon zurückgeschoben**	**davon Übergabe an Jugendämter**
Afghanistan	1778	5		1765
Syrien	354	3		348
Somalia	247			247
Irak	156	1		154
Eritrea	118	3		115

Jahr 2015 nach Staatsangehörigkeit	**Anzahl**	**davon zurückgewiesen**	**davon zurückgeschoben**	**davon Übergabe an Jugendämter**
Afghanistan	3656	5	2	3614
Syrien	772	3	2	762
Eritrea	405	3		400
Somalia	373	1		372
Irak	283	1		279

4. Quartal 2014 nach Staatsangehörigkeit	**Anzahl**	**davon zurückgewiesen**	**davon zurückgeschoben**	**davon Übergabe an Jugendämter**
Afghanistan	256		4	247
Syrien	32		2	30
Marokko	24		1	23
Somalia	23			23
Eritrea	8			8

Jahr 2014 nach Staatsangehörigkeit	**Anzahl**	**davon zurückgewiesen**	**davon zurückgeschoben**	**davon Übergabe an Jugendämter**
Afghanistan	536		5	522
Eritrea	171		8	163
Somalia	91		1	88
Syrien	73		2	71
Marokko	66		3	63

Etwaige Differenzen zwischen der Zahl der Aufgegriffenen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa die Übergabe an zur Abholung berechtigte Personen.

9. Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen) als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2015	**Ablehnung insgesamt**	**darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt**	**Anteil an Ablehnungen gesamt**
insgesamt	24.575	22.553	91,8%
darunter			
Syrien	16	9	56,3%
Afghanistan	313	28	8,9%
Irak	88	8	9,1%
Albanien	12.023	11.830	98,4%
Ungeklärt	87	70	80,5%
Eritrea	14	2	14,3%
Pakistan	381	162	42,5%
Iran	109	14	12,8%
Serbien	2.907	2.889	99,4%
Staatenlos	4	1	25,0%
Mazedonien	1.481	1.469	99,2%
Kosovo	2.920	2.831	97,0%
Russische Föderation	238	70	29,4%
sonst. asiat. Staatsang.	49	41	83,7%
Ukraine	33	12	36,4%

Jahr 2015	**Ablehnung insgesamt**	**darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt**	**Anteil an Ablehnungen gesamt**
insgesamt	91.514	85.173	93,1%
darunter			
Syrien	23	16	69,6%
Albanien	31.150	30.253	97,1%
Kosovo	26.139	25.514	97,6%
Afghanistan	819	52	6,3%
Irak	128	19	14,8%
Serbien	13.611	13.532	99,4%
Ungeklärt	352	307	87,2%
Eritrea	38	6	15,8%
Mazedonien	5.583	5.525	99,0%
Pakistan	844	289	34,2%
Iran	278	26	9,4%
Russische Föderation	918	262	28,5%
Nigeria	182	68	37,4%
Somalia	183	35	19,1%
Bosnien-Herzegowina	3.339	3.300	98,8%

4. Quartal 2014	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	15.298	13.183	86,2%
darunter			
Syrien	1	0	0,0%
Serbien	6.642	6.530	98,3%
Kosovo	424	381	89,9%
Eritrea	5	1	20,0%
Afghanistan	329	9	2,7%
Albanien	487	410	84,2%
Irak	9	3	33,3%
Bosnien-Herzegowina	1.887	1.851	98,1%
Ukraine	3	1	33,3%
Mazedonien	2.646	2.542	96,1%
Ungeklärt	51	37	72,5%
Somalia	61	14	23,0%
Nigeria	55	24	43,6%
Pakistan	411	96	23,4%
Russische Föderation	354	65	18,4%

Jahr 2014	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	43.018	32.601	75,8%
darunter			
Syrien	19	8	42,1%
Serbien	13.714	13.015	94,9%
Eritrea	16	4	25,0%
Afghanistan	1.569	62	4,0%
Albanien	2.831	2.463	87,0%
Kosovo	1.812	1.495	82,5%
Bosnien-Herzegowina	3.992	3.701	92,7%
Mazedonien	5.565	5.178	93,0%
Somalia	303	37	12,2%
Irak	432	46	10,6%
Russische Föderation	1.341	329	24,5%
Pakistan	1.428	288	20,2%
Nigeria	229	139	60,7%
Ungeklärt	312	238	76,3%
Iran	759	14	1,8%

10. Wie viele so genannte Flughafenverfahren wurden im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen) an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der unbegleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2015			**Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung**	
Flughafen	**Aktenanlage**	**Mitteilung § 18a VI**	**offens. unbegründet**	**eingestellt**
	108	86	23	0
davon				
Frankfurt	108	86	23	0
München	0	0	0	0

Jahr 2015			**Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung**	
Flughafen	**Aktenanlage**	**Mitteilung § 18a VI**	**offens. unbegründet**	**eingestellt**
	627	549	74	0
davon				
Frankfurt	623	548	71	0
Berlin	3	1	2	0
München	1	0	1	0

4. Quartal 2014			**Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung**	
Flughafen	**Aktenanlage**	**Mitteilung § 18a VI**	**offens. unbegründet**	**eingestellt**
	171	151	19	0
darunter:				
Frankfurt	169	150	18	0
München	2	1	1	0

Jahr 2014			**Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung**	
Flughafen	**Aktenanlage**	**Mitteilung § 18a VI**	**offens. unbegründet**	**eingestellt**
	643	539	56	0
darunter:				
Frankfurt	569	505	55	0
Düsseldorf	69	32	0	0
Berlin	3	1	0	0
München	2	1	1	0

			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	**Aktenanlage**	**Mitteilung § 18a VI**	**offens. unbegründet**	**eingestellt**
4. Quartal 2015	108	86	23	0
davon:				
Syrien	18	18	0	0
Libanon	11	4	7	0
Irak	10	9	1	0
Armenien	10	6	4	0
Afghanistan	9	8	1	0
Sri Lanka	8	6	2	0
Pakistan	7	7	0	0
sonst. asiat. Staatsang.	6	6	0	0
Iran	6	5	3	0
Somalia	5	5	0	0

			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	**Aktenanlage**	**Mitteilung § 18a VI**	**offens. unbegründet**	**eingestellt**
Jahr 2015	627	549	74	0
davon:				
Syrien	143	142	1	0
Iran	67	64	3	0
Afghanistan	65	61	4	0
Sri Lanka	42	34	7	0
Irak	38	37	1	0
Armenien	33	28	5	0
Kongo, Dem. Republik	31	28	5	0
sonst. asiat. Staatsang.	30	28	2	0
Pakistan	20	18	3	0
Somalia	18	17	1	0

			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	**Aktenanlage**	**Mitteilung § 18a VI**	**offens. unbegründet**	**eingestellt**
4. Quartal 2014	171	151	19	0
darunter:				
Syrien	54	54	-	-
Afghanistan	24	24	-	-
Kongo, Dem. Republik	14	7	5	-
Sri Lanka	10	10	-	-
Iran	9	9	-	-
Eritrea	7	7	-	-
Somalia	7	7	-	-
Irak	7	7	-	-
sonst. asiat. Staatsang.	7	1	6	-
Ghana	5	1	4	-

			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	**Aktenanlage**	**Mitteilung § 18a VI**	**offens. unbegründet**	**eingestellt**
Jahr 2014	643	539	56	0
darunter:				
Syrien	178	167	-	-
Afghanistan	96	84	-	-
Iran	52	48	-	-
Somalia	43	41	-	-
Kongo, Dem. Republik	35	20	13	-
Irak	27	26	-	-
Sri Lanka	22	20	1	-
Pakistan	19	15	-	-
sonst. asiat. Staatsang.	19	12	7	-
Ägypten	16	16	-	-

Im vierten Quartal 2015 wurde kein unbegleiteter Antragsteller unter 18 Jahren erfasst.

Im Jahr 2015 wurden am Flughafen Frankfurt/ Main insgesamt 2 unbegleitete Antragsteller unter 18 Jahren erfasst. Bei den 2 Personen (Afghanistan, Syrien) erfolgte eine Mitteilung nach § 18a Absatz 6 AsylG. Bei den anderen Flughäfen gab es keine Feststellungen.

Im vierten Quartal 2014 wurden am Flughafen Frankfurt/ Main zwei unbegleitete Antragsteller unter 18 Jahren aus Syrien und dem Iran erfasst. Bei allen zwei Personen erfolgte eine Mitteilung nach § 18a Absatz 6 AsylG. Bei den anderen Flughäfen gab es keine Feststellungen.

Im Jahr 2014 wurden am Flughafen Frankfurt/ Main insgesamt 18 unbegleitete Antragsteller unter 18 Jahren erfasst. Bei 16 Personen erfolgte eine Mitteilung nach § 18a Absatz 6 AsylG. Angaben zu den Herkunftsländern können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Bei den anderen Flughäfen gab es keine Feststellungen.

Unbegleitete Antragsteller unter 18 Jahre			**Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung**	
Herkunftsland	**Aktenanlage**	**Mitteilung § 18a VI**	**offens. unbegründet**	**eingestellt**
Jahr 2014	18	16	-	-
darunter:				
Somalia	4	2	-	-
Afghanistan	4	4	-	-
Syrien	3	3	-	-
Kongo, Dem. Republik	2	2	-	-
Angola	1	1	-	-
Eritrea	1	1	-	-
Ruanda	1	1	-	-
Irak	1	1	-	-
Iran	1	1	-	-

11. Wie lautet die Statistik zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das Jahr 2015, soweit vorliegend (bitte in der Differenzierung wie auf Bundestagsdrucksache 18/6860 zu Frage 11 darstellen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Erst- und Folgeanträge											
Januar – November 2015	Klagen, Berufungen, Revisionen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
			Asyl Art.16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z.B. Rücknahmen)		
							absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	
Herkunftsländer gesamt	67.669	56.325	78	1.352	258	740	16.552	29,4%	37.345	66,3%	57.674
darunter											
Kosovo	15.771	9.784	0	0	0	52	3.846	39,3%	5.886	60,2%	7.745
Albanien	11.704	4.890	0	0	11	24	1.836	37,5%	3.019	61,7%	8.117
Serbien	10.044	12.112	0	0	0	47	4.441	36,7%	7.624	62,9%	6.559
Syrien	4.876	3.567	10	217	0	5	50	1,4%	3.285	92,1%	3.892
Mazedonien	4.226	4.767	0	6	0	37	1.828	38,3%	2.896	60,8%	3.550
Russ. Föd.	2.644	2.484	3	37	24	13	459	18,5%	1.948	78,4%	4.762
Afghanistan	2.427	2.325	2	225	94	295	279	12,0%	1.430	61,5%	3.776
Bosn.-Herzeg.	1.780	2.377	0	0	0	41	853	35,9%	1.483	62,4%	1.297
Irak	1.300	756	1	24	7	8	36	4,8%	680	89,9%	1.341
Georgien	1.050	999	0	5	4	18	234	23,4%	738	73,9%	963
Montenegro	936	651	0	0	0	13	268	41,2%	370	56,8%	749
Pakistan	897	1.300	0	295	6	15	426	32,8%	558	42,9%	1.370
Somalia	874	1.066	4	43	79	19	101	9,5%	820	76,9%	1.775
Eritrea	751	614	2	44	0	1	19	3,1%	548	89,3%	670
Iran	737	1.123	18	247	4	7	159	14,2%	688	61,3%	1.074

Widerrufsverfahren									
Januar – November 2015	eingelegte Klagen, Berufungen, Revisionen	Gerichtsentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
			Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z.B. Rücknahmen)		
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	
Herkunftsländer gesamt	145	215	68	31,6%	55	25,6%	92	42,8%	359
darunter									
Türkei	44	56	17	30,4%	16	28,6%	23	41,1%	79
Kosovo	20	31	7	22,6%	5	16,1%	19	61,3%	44
Afghanistan	9	18	6	33,3%	5	27,8%	7	38,9%	35
Syrien	8	10	2	20,0%	0	0,0%	8	80,0%	6
Sri Lanka	9	9	0	0,0%	8	88,9%	1	11,1%	16
Russ. Föd.	3	7	5	71,4%	2	28,6%	0	0,0%	6
Angola	1	6	1	16,7%	2	33,3%	3	50,0%	9
Kongo, Dem. Rep.	1	5	1	20,0%	0	0,0%	4	80,0%	6
Iran	7	4	2	50,0%	1	25,0%	1	25,0%	18

Widerrufsverfahren									
Januar – November 2015	eingelegte Klagen, Berufungen, Revisionen	Gerichtsentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
			Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z.B. Rücknahmen)		
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	
Aserbaidschan	9	3	0	0,0%	1	33,3%	2	66,7%	7
Bosnien-Herzeg.	1	3	2	66,7%	0	0,0%	1	33,3%	1
Vietnam	4	3	2	66,7%	0	0,0%	1	33,3%	9
Äthiopien	1	2	1	50,0%	0	0,0%	1	50,0%	3
Polen	1	2	1	50,0%	0	0,0%	1	50,0%	1
Serbien	5	2	0	0,0%	2	100,0%	0	0,0%	10

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
Jan-November 2015	7,9	21,9

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublinverfahren			
Jan. – Nov. 2015	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Belgien	284	23	307
Bulgarien	361	107	468
Dänemark u. Färöer	83	4	87
Finnland	5	1	6
Frankreich	534	79	613
Großbritannien mit Nordirland	4	1	5
Italien	1.973	689	2.662
Kroatien	18		18
Lettland	15	7	22
Litauen	75	17	92
Luxemburg	21		21
Malta	43	33	76
Niederlande	193	17	210
Norwegen	55	11	66
Österreich	199	11	210
Polen	1.331	188	1.519
Portugal	13	4	17
Rumänien	42	11	53
Schweden	176	13	189
Schweiz	131	10	141
Slowakische Rep.	32	5	37
Slowenien	12	4	16
Spanien	504	77	581
Tschechische Rep.	57	9	66
Ungarn	1.794	1.498	3.292
Zypern	2	16	18
Estland	1		1
Liechtenstein	4		4

12. Wie viele Asyl-Anhörungen und wie viele rein schriftliche Anhörungen gab es im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Anhörungen im 4. Quartal 2015	**Anzahl**
Herkunftsländer gesamt	21.006
darunter	
Syrien	1.492
Afghanistan	1.132
Irak	1.042
Albanien	8.569
Ungeklärt	181
Eritrea	410
Pakistan	328
Iran	326
Serbien	1.656
Staatenlos	45
Mazedonien	914
Kosovo	1.403
Russische Föderation	248
sonst. asiat. Staatsangeh.	217
Ukraine	105

Anhörungen 2015	**Anzahl**
Herkunftsländer gesamt	83.822
darunter	
Syrien	4.120
Albanien	25.849
Kosovo	19.450
Afghanistan	2.908
Irak	2.269
Serbien	7.982
Ungeklärt	693
Eritrea	1.823
Mazedonien	4.129
Pakistan	833
Iran	1.173
Russische Föderation	717
Nigeria	186
Somalia	666
Bosnien-Herzegowina	2.059

Folgende Schriftliche Anhörungen sind im vierten Quartal 2015 bzw. im Jahr 2015 eingegangen:

Beim Bundesamt eingegangene Fragebögen		
	4. Quartal 2015	**Jahr 2015**
Eritrea	6.764	13.671
Irak	4.973	17.429
Syrien	83.681	170.599

13. Wie waren die Schutzquoten und die Zahl der Schutzgesuche bei Asylsuchenden aus Tunesien, Ägypten, Marokko und Libyen im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Herkunftsland	2015				2014			
	Erst-anträge	Folge-anträge	Gesamtschutz		Erst-anträge	Folge-anträge	Gesamtschutz	
			absolut	In Prozent			absolut	In Prozent
Ägypten	1.002	75	365	42,2	1.014	55	94	16,2
Libyen	1.127	25	123	34,4	602	28	120	33,7
Marokko	1.630	117	36	3,7	1.537	78	12	1,0
Tunesien	822	101	1	0,2	676	96	2	0,2

Herkunftsland	4. Quartal 2015				4. Quartal 2014			
	Erst-anträge	Folge-anträge	Gesamtschutz		Erst-anträge	Folge-anträge	Gesamtschutz	
			absolut	In Prozent			absolut	In Prozent
Ägypten	261	10	107	42,8	256	13	10	11,5
Libyen	263	3	42	35,3	173	9	31	44,9
Marokko	510	26	26	7,9	378	25	3	1,1
Tunesien	105	10	-	-	164	21	1	0,5

14. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina in den Monaten Oktober, November und Dezember 2015 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge in diesen Monaten jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

	Asylanträge Oktober 2015			Entscheidungen über Asylanträge Oktober 2015						
Herkunftsland	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	1.423	861	562	1.608	-	-	-	2	1.018	588
davon Roma	1.134	616	518	1.359	-	-	-	1	816	542
Kosovo	753	619	134	1.451	-	-	3	12	1.230	206
davon Roma	200	136	64	227	-	-	-	1	188	38
Mazedonien	1.039	703	336	902	-	4	1	5	645	247
davon Roma	584	297	287	457	-	-	1	4	300	152
Montenegro	117	97	20	285	-	-	3	-	220	62
davon Roma	40	30	10	52	-	-	-	-	31	21
Albanien	4.680	4.549	131	7.218	-	4	7	1	6.445	761
davon Roma	184	167	17	528	-	-	-	-	440	88
Bosn.-Herzeg.	572	308	264	541	-	-	-	-	321	220
davon Roma	304	101	203	292	-	-	-	-	157	135

	Asylanträge November 2015			Entscheidungen über Asylanträge November 2015						
Herkunfts-land	Asyl-anträge gesamt	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	insge-samt	Anerken-nungen als Asylbe-rechtigte (Art. 16a GG und Fa-mil.asyl)	Gewäh-rung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 I AsylG	Gewäh-rung von subsidiä-rem Schutz gem § 4 I AsylG	Fest- stel-lung eines Abschie-bungs-verbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ableh-nungen (un-begr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfah-renser-ledi-gungen
Serbien	1.362	809	553	1.113	-	-	-	3	588	522
davon Roma	1.174	653	521	968	-	-	-	3	494	471
Kosovo	663	549	114	804	-	5	-	7	603	189
davon Roma	130	87	43	142	-	1	-	-	102	39
Mazedonien	835	609	226	561	-	1	-	-	351	209
davon Roma	530	340	190	311	-	1	-	-	157	153
Montenegro	126	97	29	142	-	-	-	2	93	47
davon Roma	52	26	26	22	-	-	-	-	10	12
Albanien	3.044	2.960	84	3.814	-	-	2	10	2.874	928
davon Roma	109	102	7	291	-	-	-	-	200	91
Bosn-Herzeg.	522	306	216	403	-	-	-	1	177	225
davon Roma	312	144	168	227	-	-	-	-	99	128

	Asylanträge Dezember 2015			Entscheidungen über Asylanträge Dezember 2015						
Herkunfts-land	Asyl-anträge gesamt	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	insge-samt	Anerken-nungen als Asylbe-rechtigte (Art. 16a GG und Fa-mil.asyl)	Gewäh-rung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 I AsylG	Gewäh-rung von subsidiä-rem Schutz gem § 4 I AsylG	Feststel-lung eines Abschie-bungs-verbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ableh-nungen (un-begr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfah-renser-ledi-gungen
Serbien	906	380	526	1.973	-	1	-	-	1.310	662
davon Roma	756	263	493	1.674	-	-	-	-	1.068	606
Kosovo	451	342	109	1.301	-	1	-	6	1.089	205
davon Roma	114	72	42	348	-	-	-	-	277	71
Mazedonien	470	297	173	741	-	1	-	-	485	255
davon Roma	283	150	133	424	-	1	-	-	264	159
Montenegro	80	70	10	545	-	-	-	-	524	21
davon Roma	35	28	7	72	-	-	-	-	62	10
Albanien	1.801	1.760	41	3.588	-	-	8	7	2.706	867
davon Roma	53	50	3	255	-	-	-	-	167	88
Bosn.-Herzeg.	275	140	135	666	-	-	-	-	393	273
davon Roma	175	68	107	313	-	-	-	-	163	150

15. Welche neuen Informationen gibt es zur Personalsituation, -entwicklung und -planung im BAMF und zu unterstützenden Sondermaßnahmen, insbesondere im Bereich der Asylprüfung, und welche Bedarfsplanung und Forderungen gibt es derzeit im BAMF für das laufende und das kommende Jahr?

Der Personalkörper des BAMF beträgt Stand vom 2. Februar 2016 nahezu 3 500 Vollzeitäquivalente (VZÄ). Im vergangenen Jahr wurden rund 900 Einstellungen vorgenommen. Im Jahr 2015 erfolgte somit ein Aufwuchs des Personals um ca. 40 Prozent.

Derzeit sind rund 600 Asylentscheider in den Außenstellen mit der Anhörung von Asylbewerbern und der Entscheidung über Anträge beschäftigt. Weitere 400 Sonderentscheider sind in vier Entscheidungszentren eingesetzt und bearbeiten dort entscheidungsreife Verfahren nach Aktenlage. 1 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (1 200 in Außenstellen und 100 in den Entscheidungszentren) sind in den Asylverfahrenssekretariaten mit Tätigkeiten wie Antragsannahme, erkennungsdienstliche Behandlung, Koordinierung der Dolmetscher, Versand der Bescheide und weiteren Tätigkeiten beschäftigt, die für die Durchführung der Asylverfahren erforderlich sind.

Für das Jahr 2016 wurde zur Bewältigung der Herausforderungen zusätzliche 3 000 Planstellen und Stellen sowie Finanzmittel für zusätzliche 1 000 befristet einzustellende Beschäftigte genehmigt. Damit wird sich das Personal des BAMF innerhalb eines Jahres mit bis zu 7 300 nochmals mehr als verdoppeln. Nach aktueller Planung besteht ein Gesamtbedarf von 1 700 Asylentscheidern und 1 920 Bürosachbearbeitern im Asylverfahrenssekretariat zur zeitgerechten Bearbeitung der Asylanträge. Die Bedarfe werden in Abständen lagebedingt evaluiert. Der Rekrutierungsprozess wird im Jahr 2016 kontinuierlich fortgesetzt.

16. Zu welchem ungefähren Anteil wird nach Einschätzungen von fachkundigen Bediensteten des BAMF derzeit das Prinzip der Einheit von Anhörer und Entscheider im Asylverfahren in der Praxis gewahrt (soweit möglich bitte auch nach Herkunftsländern differenzieren)?

Es gibt keine gesetzlichen Vorgaben zur Identität von Anhörer und Entscheider.

Der entsprechende Anteil hat sich gegenüber dem dritten Quartal 2015, wo der entsprechende Anteil bei grober Einschätzung von fachkundigen Bediensteten des BAMF bei ungefähr 75 Prozent lag, durch die Leistungen der Entscheidungszentren des BAMF erkennbar verringert.

Mit den Entscheidungszentren reagiert das BAMF auf die Herausforderung durch die hohen Flüchtlingszahlen. Ziel ist es, die Außenstellen des BAMF zu entlasten und die Verfahren zu beschleunigen. In den Entscheidungszentren werden in größer werdender Menge ausschließlich entscheidungsreife Fälle bearbeitet, persönliche Anhörungen finden dort nicht statt. Dadurch wird der Anteil der Fälle, in denen Anhörer und Entscheider identisch sind, zunehmend kleiner.

17. Wie lang war die Verfahrensdauer bei Asylsuchenden, die nicht aus Ländern des Westbalkans kommen, im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen), und wie hoch war in diesen Zeiträumen die bereinigte Gesamtschutzquote in Bezug auf diese Länder (ohne Westbalkan)?

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Asylsuchenden, die nicht aus Ländern des Westbalkans kommen (also ohne Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Kosovo), betrug im vierten Quartal 2015 durchschnittlich 5,2 Monate, im Jahr 2015 durchschnittlich 6,1 Monate, im vierten Quartal 2014 durchschnittlich 7,9 Monate und im Jahr 2014 durchschnittlich 8,6 Monate. Die erfragte Quote von Asylsuchenden, die nicht aus den genannten Ländern des Westbalkans kommen, betrug im vierten Quartal 2015 95,4 Prozent (viertes Quartal 2014: 83,4 Prozent) und im Jahr 2015 93,5 Prozent (2014: 73,6 Prozent).

18. Wie lange dauern derzeit im Durchschnitt nach Einschätzungen fachkundiger Bediensteter des BAMF Asylanhörungen generell, wie lange dauern diese jeweils bei Asylsuchenden aus den sechs Westbalkanländern, aus Syrien und anderen wichtigen Herkunftsländern?

Nach Schätzungen des BAMF beträgt die durchschnittliche Dauer der Asylanhörungen allgemein aktuell etwa 100 Minuten, für Antragsteller aus Westbalkanländern durchschnittlich etwa 50, bei syrischen Asylantragstellern etwa 45 Minuten.

19. In wie vielen Fällen wurde das BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer im vierten Quartal 2015 bzw. im Gesamtjahr 2015 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen) mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	**davon positiv**	**davon negativ**	**davon sonstige (Abbruch u.a.)**
4. Quartal 2015	120	18	26	76
davon				
Baden-Württemberg	9	3	2	4
Bayern	13		2	11
Berlin	14	4	3	7
Brandenburg	1		1	
Hamburg	3		1	2
Hessen	8		1	7
Niedersachsen	8	1	5	2
Nordrhein-Westfalen	42	4	6	32
Rheinland-Pfalz	5		1	4
Saarland	7	4	1	2
Sachsen	5	2		3
Sachsen-Anhalt	3		3	
Schleswig-Holstein	2			2

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	**davon positiv**	**davon negativ**	**davon sonstige (Abbruch u.a.)**
Jahr 2015	1.546	360	492	694
davon				
Baden-Württemberg	186	46	71	69
Bayern	87	13	21	53
Berlin	169	39	63	67
Brandenburg	5		1	4
Bremen	56	14	17	25
Hamburg	104	29	29	46
Hessen	92	18	22	52
Mecklenburg-Vorpommern	11	1	3	7

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
Niedersachsen	128	24	44	60
Nordrhein-Westfalen	554	151	169	234
Rheinland-Pfalz	41	4	15	22
Saarland	28	7	10	11
Sachsen	24	7	5	12
Sachsen-Anhalt	18		11	7
Schleswig-Holstein	37	6	9	22
Thüringen	5	1	2	2
Unbekannt	1	0	0	1

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
4. Quartal 2014	212	**36**	**55**	121
davon				
Baden-Württemberg	30	3	8	19
Bayern	16	7	2	7
Berlin	31	4	7	20
Brandenburg	1	1		0
Bremen	12		2	10
Hamburg	11		2	9
Hessen	13	3	2	8
Mecklenburg-Vorpommern	2	1	1	0
Niedersachsen	12	1	6	5
Nordrhein-Westfalen	64	12	18	34
Rheinland-Pfalz	4	1	1	2
Saarland	2	2		0
Sachsen	1		1	0
Sachsen-Anhalt	2			2
Schleswig-Holstein	10	1	4	5
Thüringen	1		1	0

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
Jahr 2014	1.014	200	248	566
davon				
Baden-Württemberg	110	19	34	57
Bayern	78	22	15	41
Berlin	132	26	24	82
Brandenburg	11	1	1	9
Bremen	29	2	11	16
Hamburg	76	16	23	37

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
Hessen	85	16	15	54
Mecklenburg-Vorpommern	8	2	4	2
Niedersachsen	75	15	25	35
Nordrhein-Westfalen	329	70	75	184
Rheinland-Pfalz	9	3	2	4
Saarland	8	2	1	5
Sachsen	25	4	4	17
Sachsen-Anhalt	11	0	3	8
Schleswig-Holstein	25	2	9	14
Thüringen	2	0	2	0
Unbekannt	1	0	0	1

20. Inwieweit ist die Sonderauswertung des Ausländerzentralregisters (AZR) zum 30. Juni 2015 bzw. 30. September 2015 zu noch aufhältigen, im Jahr 2014 bzw. 2015 rechts- oder bestandskräftig abgelehnten Asylbewerbern (vgl. Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 18/6860) aussagekräftig in Bezug auf die Frage, wie effektiv Abschiebungen oder freiwillige Ausreisen verlaufen, wenn nicht erhoben bzw. ausgewertet wurde, wie viele der noch aufhältigen Personen über eine Aufenthaltserlaubnis verfügen (so der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Ole Schröder in einem Schreiben vom 15. Dezember 2015 an die Abgeordnete Ulla Jelpke) und zudem unklar ist, wie viele der nach Angaben des AZR Ausreisepflichtigen ohne Duldung sich tatsächlich noch in Deutschland aufhalten (vgl. Antwort auf Frage 22 auf Bundestagsdrucksache 18/6860), und wie lauten die angefragten Zahlen einer entsprechenden Sonderauswertung des AZR zum Ende des Jahres 2015, wenn diese Umstände berücksichtigt werden (bitte so detailliert wie möglich darstellen, differenziert nach Herkunfts- und Bundesländern usw.)?

Die Sonderauswertung ist aus fachlichen Gründen veranlasst worden, wohlwissend dass die gewonnenen Daten nicht alle Fragen im Zusammenhang mit Ausreisen abgelehnter Asylbewerber werden klären können, sondern eher einen groben Überblick geben. Aus fachlicher Sicht ist der grobe Überblick hinnehmbar, da zum einen wegen des kurzen Zeitraumes zwischen Rechts- oder Bestandskraft der Entscheidung und dem Abfragezeitpunkt andere rechtliche Gründe als Duldungen für einen andauernden Aufenthalt eine nur untergeordnete Rolle spielen und zum anderen, da solche Sonderauswertungen aufgrund der vorgegebenen komplexen technischen Struktur des AZR bereits grundsätzlich sehr zeit- und arbeitsaufwändig in Konzeption, Auswertung und Zusammenstellung der auszuwertenden Daten sind und jeder weitere auszuwertende Sachverhalt diesen Aufwand weiter erhöht.

Angaben zu einer erneuten Sonderauswertung zum Stichtag 31. Dezember 2015 – unter Einbeziehung der zusätzlichen Anforderungen im Sinne der Frage – können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit im Jahr 2015 abgelehntem Asylantrag (soweit rechts- oder bestandskräftig) zum Stichtag 31. Dezember 2015:

Bundesland	**insgesamt**	**davon zum 31.12.2015**	
		nicht aufhältig	**aufhältig**
Baden-Württemberg	7.048	3.400	3.648
Bayern	11.503	8.977	2.526
Berlin	5.152	2.539	2.613
Brandenburg	2.673	1.521	1.152
Bremen	537	133	404
Hamburg	2.634	1.527	1.107
Hessen	7.516	5.648	1.868
Mecklenburg-Vorpommern	1.012	461	551
Niedersachsen	6.752	3.080	3.672
Nordrhein-Westfalen	18.222	7.863	10.359
Rheinland-Pfalz	4.411	2.601	1.810
Saarland	523	343	180
Sachsen	4.486	1.543	2.943
Sachsen-Anhalt	3.030	1.840	1.190
Schleswig-Holstein	1.361	477	884
Thüringen	2.115	1.121	994
Gesamt	78.975	43.074	35.901

Herkunftsland	**insgesamt**	**davon zum 31.12.2015**	
		nicht aufhältig	**aufhältig**
Albanien	18.917	11.722	7.195
Kosovo	18.331	12.607	5.724
Serbien	17.053	9.576	7.477
Mazedonien	6.041	2.992	3.049
Bosnien-Herzegowina	4.622	2.605	2.017
Afghanistan	1.453	82	1.371
Russische Föderation	1.168	320	848
Georgien	1.097	583	514
Montenegro	1.077	505	572
Syrien	745	88	657
Pakistan	723	103	620
Jugoslawien (ehemals)	686	312	374
Türkei	438	60	378
Somalia	415	81	334
Marokko	374	130	244

aufhältig	**35.901**
davon:	
mit Duldung	18.318
mit Aufenthaltstitel	2.888
Aufenthaltsgestattung	2.139
ohne Aufenthaltsrecht / kein Eintrag	12.237
davon ausreisepflichtig ohne Duldung	11.066
sonstiges	319

Bundesland	**zum Stichtag 31.12.2015 mit Duldung**	**davon im AZR erfasste Duldungsgründe (nach AufenthG)**									
		§ 60a Abs. 1	**§ 60a Abs. 2 Satz 1**	**§ 60a Abs. 2 Satz 1 wegen fehlender Reisedokumente**	**§ 60a Abs. 2 Satz 1 fam. Bindungen zu Duldungsinh. fehlende Reisedokumente**	**§ 60a Abs. 2 Satz 1 aus medizinischen Gründen**	**§ 60a Abs. 2 Satz 1 aus sonstigen Gründen**	**§ 60a Abs. 2 Satz 2**	**§ 60a Abs. 2 Satz 3**	**§ 60a Abs. 2b**	**§ 60a (alt)**
Baden-Württemberg	2.016	20	1	630	17	2	1.344	1	1		
Bayern	762	15	2	230	29	4	467		11	1	3
Berlin	941		3	126	22		630	1	159		
Brandenburg	546	13		167	6		359	1			
Bremen	211	22		57	6		126				
Hamburg	569			105	4		460				
Hessen	744	51		158	10	2	516	1	5	1	
Mecklenburg-Vorpommern	274	8	1	102	1		162				
Niedersachsen	2.186	114	2	481	55	10	1.366	5	151	2	
Nordrhein-Westfalen	6.255	496	1	1.239	100	25	4.350	15	4	2	23
Rheinland-Pfalz	788	71	4	74	13		565		61		
Saarland	118			1			117				
Sachsen	1.160	36		731	13		376		4		
Sachsen-Anhalt	658	4		221	2	3	412	15	1		
Schleswig-Holstein	461	68		100	2		285	5		1	
Thüringen	629	9		169	7	6	433		5		
Gesamt	18.318	927	14	4.591	287	52	11.968	44	402	7	26

Personen mit im Jahr 2014 abgelehntem Asylantrag (soweit rechts- oder bestandskräftig) zum Stichtag 31. Dezember 2015:

Bundesland	**insgesamt**	**davon zum 31.12.2015**	
		nicht aufhältig	**aufhältig**
Baden-Württemberg	4.122	1.743	2.379
Bayern	4.542	2.489	2.053
Berlin	4.335	2.251	2.084
Brandenburg	860	387	473
Bremen	332	21	311
Hamburg	1.632	764	868
Hessen	1.984	830	1.154
Mecklenburg-Vorpommern	815	378	437
Niedersachsen	4.673	2.006	2.667
Nordrhein-Westfalen	13.661	5.033	8.628
Rheinland-Pfalz	1.690	703	987
Saarland	420	217	203
Sachsen	1.771	837	934
Sachsen-Anhalt	1.752	1.004	748
Schleswig-Holstein	1.060	380	680
Thüringen	1.795	960	835
Gesamt	45.444	20.003	25.441

Herkunftsland	**insgesamt**	**davon zum 31.12.2015**	
		nicht aufhältig	**aufhältig**
Serbien	13.828	8.285	5.543
Mazedonien	5.501	2.799	2.702
Bosnien-Herzegowina	4.224	2.675	1.549
Afghanistan	2.674	131	2.543
Kosovo	1.863	835	1.028
Albanien	1.791	1.054	737
Russische Föderation	1.415	475	940
Syrien	1.354	73	1.281
Irak	886	58	828
Georgien	812	575	237
Pakistan	784	207	577
Türkei	605	118	487
Jugoslawien (ehemals)	536	269	267
Iran	528	108	420
Marokko	528	271	257

aufhältig	**25.441**
davon:	
mit Duldung	14.369
mit Aufenthaltstitel	7.026
Aufenthaltsgestattung	826
ohne Aufenthaltsrecht / kein Eintrag	2.560
davon ausreisepflichtig ohne Duldung	1.717
sonstiges	660

Bundesland	**zum Stichtag 31.12.2015 mit Duldung**	**davon im AZR erfasste Duldungsgründe (nach AufenthG)**									
		§ 60a Abs. 1	**§ 60a Abs. 2 Satz 1**	**§ 60a Abs. 2 Satz 1 wegen fehlender Reisedokumente**	**§ 60a Abs. 2 Satz 1 fam. Bindungen zu Duldungsinh. fehlende Reisedokumente**	**§ 60a Abs. 2 Satz 1 aus medizinischen Gründen**	**§ 60a Abs. 2 Satz 1 aus sonstigen Gründen**	**§ 60a Abs. 2 Satz 2**	**§ 60a Abs. 2 Satz 3**	**§ 60a Abs. 2b**	**§ 60a (alt)**
Baden-Württemberg	1.526	20	3	502	14		985	1			1
Bayern	850	37	4	409	15	1	352	2	9	1	20
Berlin	886		4	189	6		542	1	144		
Brandenburg	226	9	1	81			135				
Bremen	118	20		19	5		74				
Hamburg	362	1		161	8		192				
Hessen	478	21	1	124	11		312	2	7		
Mecklenburg-Vorpommern	169	1	2	60	1		104				1
Niedersachsen	1.683	145	4	373	26	4	1.028	1	99	3	
Nordrhein-Westfalen	5.525	574	23	1.201	81	14	3.573	11	12		36
Rheinland-Pfalz	467	74	1	50	3		310	5	24		
Saarland	99			10	1		88				
Sachsen	588	25	1	421	6		133		1		1
Sachsen-Anhalt	501	5	2	259			223	7			5
Schleswig-Holstein	358	81		79	9		184	3	2		
Thüringen	533	2	1	124	9		391		6		
Gesamt	14.369	1.015	47	4.062	195	19	8.626	33	304	4	64

21. Welche genaueren Angaben kann die Bundesregierung zu dem Schreiben der Europäischen Kommission an die Bundesregierung machen (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 27. September 2015: „Deutsche Abschiebepraxis: EU-Kommission bemängelt Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern“), in dem insbesondere kritisiert worden sein soll, dass es im Jahr 2014 128 000 Personen ohne „Aufenthaltsberechtigung“ und zugleich nur 34 000 Aufforderungen zur Ausreise gegeben haben soll, denen 22 000 Menschen gefolgt seien, was hat die Bundesregierung dem konkret entgegnet, und welche Zahlen wurden in diesem Zusammenhang der Europäischen Kommission übermittelt (bitte so ausführlich wie möglich darstellen; Wiederholung der Frage 23 auf Bundestagsdrucksache 18/6860, weil die Antwort der Bundesregierung nach Auffassung der Fragesteller noch weniger konkrete Informationen enthält als der in der Frage in Bezug genommene Zeitungsartikel)?

Die EU-Kommission, d. h. der Generaldirektor der Generaldirektion Inneres Ruete, hat sich mit Schreiben vom 11. September 2015 an die deutsche Bundesregierung gewandt und verschiedene Fragen zur deutschen Rückkehrpolitik aufgeworfen. Unter Bezugnahme auf die notwendige Rückführung von illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen als wichtige Komponente einer umfassenden und nachhaltigen Migrationspolitik und unter Verweis auf die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus der Rückführungsrichtlinie 2008/115/EG, insbesondere aus Artikel 8 Absatz 1 der Richtlinie, warf die Kommission einige Fragen an Deutschland auf.

Diese befassten sich insbesondere mit

- der statistischen Differenz zwischen unerlaubt eingereisten / aufhältigen Drittstaatsangehörigen und ergangenen Rückkehrentscheidungen im Jahr 2014.
- der statistischen Differenz zwischen rechtskräftig abgelehnten Asylanträgen und ergangenen Rückkehrentscheidungen in den Jahren 2011 bis 2014.
- der statistischen Differenz zwischen ergangenen Rückkehrentscheidungen und tatsächlichen Rückführungen in den Jahren 2008 bis 2014.

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2015 hat die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Frau Dr. Emily Haber geantwortet und dabei zu den angesprochenen Diskrepanzen Folgendes ausgeführt:

- Zur Differenz zwischen unerlaubt Aufhältigen und ergangenen Rückkehrentscheidungen:
  Die von der Europäischen Kommission im Anschreiben in Bezug genommene Zahl der illegal Aufhältigen beinhaltet die Anzahl der Polizeiaufgriffe wegen unerlaubter Einreise und unerlaubten Aufenthalts. Ein solcher, zunächst unerlaubter Aufenthalt kann aber – z. B. durch Asylantragstellung – noch legalisiert werden, weswegen dann – in Übereinstimmung mit Artikel 6 Absatz 4 der Rückführungsrichtlinie – auch keine Rückkehrentscheidung ergeht.
- Zur Differenz zwischen abgelehnten Asylanträgen und ergangenen Rückkehrentscheidungen:
  Hintergrund sind die sog. nationalen Abschiebungsverbote: sofern ein solches vorliegt, ergeht zwar eine ablehnende Asylentscheidung; von einer Entscheidung über die Ausreisepflicht wird hingegen aufgrund des nationalen Abschiebungsverbotes abgesehen. Diese Personen erhalten vielmehr in der Regel eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis.

– Zur Differenz zwischen ergangenen Rückkehrentscheidungen und tatsächlichen Rückführungen in den Jahren 2008 bis 2014:
  Neben der erfassten Anzahl der zwangsweisen Rückführungen erfolgen auch freiwillige Ausreisen. Genaue Zahlen liegen hierzu aber nicht vor. Unabhängig davon besteht in der Tat ein von der Europäischen Kommission zutreffend angesprochenes, erhebliches Vollzugsdefizit in Deutschland. Die Gründe für dieses Defizit in der Aufenthaltsbeendigung sind vielschichtig und sowohl rechtlicher wie praktischer Natur.
  Zum Abbau rechtlicher Hindernisse wurden bereits legislative Maßnahmen ergriffen, etwa im Bereich der Sicherung von Abschiebungen durch Abschiebungshaft oder Ausreisegewahrsam, die zu einer besseren Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten führen sollen, z. B. durch das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung.

22. Welche Erkenntnisse und Einschätzungen fachkundiger Bediensteter oder Rückmeldungen seitens der Bundesländer liegen der Bundesregierung zu der Frage vor, wie sich die seit dem 1. August 2015 geltenden neuen Regelungen zur Abschiebehaft in der Praxis auswirken, insbesondere im Umgang mit so genannten Dublin-Flüchtlingen, und wie bewertet die Bundesregierung dies (Wiederholung der Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 18/6860, weil die Fragesteller davon ausgehen, dass die Bundesregierung durch entsprechende Rückfragen bei der Bundespolizei zumindest Angaben zu dem „insbesondere“ angefragten „Umgang mit so genannten Dublin-Flüchtlingen“, die vor allem auf Betreiben der Bundespolizei inhaftiert werden, machen kann)?

Für den Vollzug von Abschiebungshaft sind die Länder zuständig. Einrichtung und Betrieb von (Abschiebungs-)Hafteinrichtungen obliegen daher ebenfalls den Ländern, deren Behörden nach § 71 Absatz 1 und 5 AufenthG auch für die Beantragung von Haft zuständig sind. Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse dazu vor, wie sich die seit dem 1. August 2015 geltenden Regelungen zur Abschiebungshaft in der Praxis, insbesondere bei sog. Dublin-Fällen, auswirken. Soweit Haft zur Sicherung von Maßnahmen der Zurückweisung bzw. Zurückschiebungen in Zuständigkeit der Bundespolizei beantragt wird, liegen der Bundesregierung keine Zahlen vor. Hierzu wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/249 vom 7. Januar 2014, insbesondere zu Frage 2, verwiesen.

23. Welche aktualisierten Angaben, auch zum Jahr 2015 insgesamt (soweit vorliegend), lassen sich zu überprüften (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum ungefähren Anteil gefälschter Dokumente Asylsuchender machen (bitte auch differenzieren nach wesentlichen Hauptherkunftsländern, wie in der Antwort zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 18/7015), welche Erkenntnisse für das Jahr 2015 liegen zu entsprechenden physikalisch-technischen Untersuchungen vor (vgl. Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 18/7015), und inwieweit unterscheiden sich diese Untersuchungen von den Prüfungen, von denen in der Antwort zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 18/7015 die Rede ist (bitte darstellen)?

Vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 wurden 162 510 Erst- und Folgeanträge von syrischen Staatsangehörigen gestellt. Zu diesen Anträgen wurden insgesamt 143 989 Dokumente im elektronischen Vorgangsbearbeitungssystem MARiS erfasst. Allerdings ist dabei zu beachten, dass Einzelpersonen teilweise mehrere Dokumente vorlegen und viele Dokumente erst wesentlich später zur Außenstelle geschickt werden und daher nicht unmittelbar für eine Prüfung vorliegen. Die Zahl der erfassten Dokumente kann daher nicht auf Einzelpersonen

bezogen werden; sie spiegelt auch nicht die tatsächliche Menge der vorgelegten Dokumente wider. Nach Angaben der Mitarbeiter in den Außenstellen legen über 80 Prozent der syrischen Antragsteller Dokumente vor. Davon handelt es sich bei ca. 75 Prozent der vorgelegten Dokumente um Reisepässe und ID-Karten. Diese Dokumente sind, sofern nicht ver- oder gefälscht, als Identitätsnachweis geeignet. 25 378 syrische Dokumente wurden im o. g. Zeitraum überprüft. Davon wurden ca. 5 Prozent beanstandet.

Von 31 379 Erst- und Folgeanträgen irakischer Antragsteller im Zeitraum 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 wurden 28 811 Dokumente erfasst. Da auch hier viele Antragsteller mehrere Dokumente vorlegen, lässt sich der tatsächliche Anteil von Personen, die Dokumente vorlegen, nicht exakt beziffern. Ca. 60 Prozent der irakischen Antragsteller legten Dokumente vor. Davon handelt es sich bei ca. 80 Prozent der vorgelegten Dokumente um Staatsangehörigkeitsurkunden, ID-Karten und Reisepässe, welche als Identitätsnachweis grundsätzlich geeignet sind. 2015 wurden 2 513 irakische Dokumente geprüft. Sieben Prozent der geprüften Dokumente wurden beanstandet.

Vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember wurden 10 990 Erst- und Folgeanträge von eritreischen Antragsstellern gestellt. Hierbei wurden 1 152 Dokumente erfasst.

Der Anteil an eritreischen Antragstellern, welche ein Dokument vorlegen, liegt somit bei ca. 10 Prozent.

Bei den vorgelegten Dokumenten handelt es sich bei ca. 50 Prozent um ID-Karten. Diese sind aus hiesiger Sicht als Identitätsnachweis grundsätzlich geeignet. 138 eritreische Dokumente wurden 2015 geprüft, 9 Prozent davon wurden beanstandet.

Die Untersuchungen unterscheiden sich nicht voneinander; wesentliche Neuerung ist die Dezentralisierung von Teilen des Prüfverfahrens. Die Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wurden und werden geschult und mit entsprechendem Equipment ausgestattet, um die Vorprüfung bestimmter Dokumente (insb. aus Syrien) vor Ort durchführen zu können.



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333